

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
 Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis: 1100.— (darunter: Onkel 5.—; Tischlerei Dunsch, Schleißh. 20 30.—); 3. Kreis: 1000.—; 4. Kreis (Ost): 4000.— (darunter: Damit es besser werde 30.—; Unbekannt d. Griech 3.—; Ueberichuß vom Vergnügen im „Eisium“, d. Kupfer 60,30); 4. Kreis (Südost): 2000.— (darunter: Fleißerische Wahlvereinsbeiträge von S. Voigt 10.—; ebenso von S. Beer 3.—); 5. Kreis: 500.—; 6. Kreis: 5700.— (dar.: Sechserklasse Bez. 717 3,40; B. G. W. 14 3.—; Sechserklasse Bez. 454 10,55; U. V. Wister 1.—; Ueberichuß vom Bierfest der Firma Schwarzkopff, Reinickendorf 4,70; Robert Dill-Road, Brunnstr. 14 3.—; Vereinte Sangesbrüder Noabit 22.—; Kranzüberichuß Bez. 486/487 1,95; Berlin, diverse: Weisigke Bierklasse 4,40; Mitglieder des Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 150.—; Gesellen der Firma Mittag, Waldstr. 24 10.—; Die Kontobuchhalter vom Wedding 5.—; A. L. Wipstr. 24 3.—; Dr. L. A. 100.—; Munition z. Kampfe für Wahrheit u. Recht 5.—; A. R. 50.—; P. S. 50.—; Bremerhaven u. Umgegend, soziald. Verein 200.—; Breslau 40.—; Vorn 50.—; Neutchen D.-Schl. von den Parteigenossen 5.—; Breslau, sozialdemokratischer Verein für Juli 200.—; Koburg, sozialdemokratischer Landesverein 30.—; Chemnitz, aus dem Verbreitungsbezirk der „Volksstimme“ 2000.—; Kassel-Mellungen, Wahlkreis 50.—; Crimmitschau 200.— (darunter: Maack 1.—, im Gesellschaftsbau Doppelpf. zum Vogelst. 1,60); Eöskn, Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen 20.—; Erfurt-Schleusingen-Giegental für Juli 25.—; Gutsdorf bei Striegau 5.—; Göttha, Parteibeitrag für Juli 30.—; Gelsenkirchen-Bochum-Gattungen 258.—; Geddernheim, erster nationaler Kreis 200.—; Hof, sozialdemokratischer Verein 25.—; Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo“ im Monat Juli eingegangen 61,50; Karlsruhe, sozialdemokr. Verein 100.—; Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstagswahlkreis 20 000.—; Lindenwalde, Rufus 5.—; München, Gau Südbayern 148,54; Nürnberg, Dr. S. 5.—; Oberstein u. Umgegend, Volksverein, 2. Quartal 14,24 (darunter: Elmde Obersteiner 3,10); Oberlangendielau, Parteibeitrag 64,30; Pforzheim, Land, Agitationskommission 30.—; Peterswalbau 15,70; Raminisch, Wahlverein 3,90; Ronsdorf, Lemmer-Remisch-Wettmann, Soziald. Verein, 2. Quartal 196,18; Reichenbach, Wahlverein 20.—; Randow-Greifenhagen, sozialdem. Wahlverein 100.—; Stettin, Wahlkreis 500.—; Staßfurt, Wahlkreis Calbe-Acherleben 150.—; Stuttgart, G. U. 10.—; Solingen, Kreisomitee 2. Quartal 120.—; Teltow-Weeslow-Charlottenburg, Zentralwahlverein f. Monat Juli 250.—; Vegeack, sozialdem. Verein des III. Oldenburger Reichstagswahlkreises 25.—; Viersen, auf einer roten Kintausgabe gesammelt 4.—; „Vorwärts“ Ueberichuß vom 2. Quartal 25 662,30; Buchhandlung Vorwärts 35 000.—; Wandsbeck, Wahlverein 650.—; Württemberg 100.—.

Für die Vergarbeiter noch nachträglich eingegangen und dem Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei überwiesen: Burgen, von den Parteigenossen des 11. sächs. Reichstags-Wahlkreises, 5. Rate 108,76, desgl. 6. Rate 52,88. München, durch den Kassierer d. sozialdemokr. Vereins 20,40. Friedberg (Hessen) 49,50. Wittweida, Ungenannt 50.—. Charlottenburg, ges. a. d. Stiftungsfest d. Lotteriederens von 1900“ 13,40. Berlin, 2. Kreis auf Pisten 334,50. Hamburg, in d. Expedition d. „Echo“ eingegangen 1848,94. Sa. 2478,17.

Für die Hinterbliebenen der verunglückten Vergleute der Zeche „Vorussia“ eingegangen und dem Vorstande des Vereins Deutscher Berg- u. Hüttenarbeiter überwiesen: Berlin, ges. am 15. Juli auf dem 1. Stiftungsfest des Regellubs „Gut Holz“ 6,25.
 Berlin, den 2. August 1905.
 Für den Parteivorstand: i. V.: Wilh. Eberhardt, Lindenstr. 69.

Die Reform der Strafprozessordnung.

Seit einem Jahrzehnt sind sowohl von Seiten der verbündeten Regierungen als auch aus der Mitte des Reichstags eine Reihe von Gesetzesvorschlägen zur Reform der Strafprozessordnung gemacht worden, nachdem die Unhaltbarkeit des geltenden Rechtszustandes auf diesem Gebiete allgemein anerkannt war. Insbesondere wurde die Einführung der Berufung gegen die von den Strafkammern in erster Instanz erlassenen Urteile erstrebt. Indessen alle Versuche, zu einem brauchbaren Ergebnisse zu gelangen, scheiterten, teils weil die Berufung in der vom Reichstag geforderten Gestaltung Kosten machte, die im Interesse der Gerechtigkeit als notwendig anerkannte Einschränkung unter keinen Umständen aber allzu kostspielig sein durfte, teils weil man leichter Herzens wesentliche Garantien für die erste Instanz aus der grundsätzlichen Erwägung heraus beseitigen wollte, daß man es mit den Sühnmahregeln für den Angeklagten in der ersten Instanz nicht allzu ängstlich zu nehmen brauche, wenn die Möglichkeit einer Korrektur des falschen Urteils in der Berufungsinstanz gegeben sei.

Aus dem Scheitern der langjährigen parlamentarischen Verhandlungen zog die Reichs-Justizverwaltung den durchaus zu billigenden Schluß, daß eine abermalige gesetzgeberische Aktion nur dann Aussicht auf Erfolg biete, wenn sie über den Rahmen der früheren Vorschläge hinaus eine allgemeine Reform des ganzen Strafprozesses ins Auge fasse und sich nicht darauf beschränke, nur ein paar besonders schadhafte Stellen in dem Gebäude der Handhabung der Strafjustiz auszubessern. Um eine solche Reform vorzubereiten, hielt es die Reichs-Justizverwaltung für geboten, zunächst die gesamten in Betracht kommenden wichtigen Fragen durch eine Kommission von Sachverständigen beraten zu lassen.

Wir werden unter diesem Titel aus der Feder unseres Parteivorstandes Rechtsanwalt Dr. Hugo Seinemann eine Anzahl Artikel erscheinen lassen, welche eine der allerwichtigsten justizpolitischen Aufgaben der nächsten deutschen Zukunft behandeln sollen.

Gegen diesen Weg ließ sich gewiß nichts einwenden. Nur kam es darauf an, die passenden Personen zu finden. Es bot sich eine doppelte Möglichkeit. Man konnte entweder die geeignetsten Männer aus den parlamentarischen Parteien wählen, um mit ihnen in ruhiger Arbeit alle einzelnen erheblichen Fragen zu erörtern. Diesen Weg beschritt die Justizverwaltung nicht. Insbesondere wurde kein sozialdemokratischer Abgeordneter in die Kommission berufen, obwohl die sozialdemokratischen Mitglieder sich mit größtem Eifer und voller Sachkunde an den Beratungen im Reichstage beteiligt hatten. Man konnte aber auch noch ein anderes Verfahren einschlagen und die sachkundigsten Männer, die hervorragendsten Gelehrten und Praktiker auf dem Gebiete des Strafprozessrechts, hören, wie man dies neuerdings bei den die Abänderung des materiellen Strafrechts betreffenden Vorarbeiten getan hat, die man den besten Köpfen aus unseren Universitäten anvertraut hat. Aber auch diesen Weg hat die Reichs-Justizverwaltung nicht beschritten. Abgesehen von wenigen Mitgliedern fehlten alle die Männer, welche in selbständiger Gedankenarbeit für die Verbesserung unserer Strafrechtspflege eingetreten sind. Es seien unter den Fehlenden, nur ein einige Namen herauszuheben, die Professoren Binding, v. Lisienthal, Rosenfeld, Rittermaier und der Senatspräsident v. Wölffow genannt. Mag auch ein oder das andere Mitglied der Kommission eine Spezialfrage auf dem Gebiete des Strafprozesses nicht ungeklärt behandelt haben, im großen und ganzen setzte sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Kommission aus Männern zusammen, von denen man kaum eine Förderung des Unternehmens erwarten konnte.

Was nach dieser Zusammensetzung zu erwarten war, ist eingetreten. Die Protokolle der Kommission liegen jetzt vor, und wir sind in die Lage versetzt, die gutachtlichen Vorschläge für die gesetzgeberischen Arbeiten kritisch zu würdigen. Unser Verdikt muß ein durchaus verurteilendes sein. Ganz abgesehen zunächst von den Resultaten, zu denen die Kommission gelangt, läßt sich eine wissenschaftlich unbedeutendere und unbedringendere Leistung kaum denken. Nirgends finden wir eine Behandlung im großen Stil, jede Seite atmet kleinlichen Bürokratiegeist. Mag eine einzelne Ausführung den Volksanschauungen in einer bestimmten Frage entgegenkommen oder ihnen widerstreiten, flacher, von kleineren Gesichtspunkten aus als gesehen, läßt sich die betreffende Frage kaum behandeln. Man traute seinen Augen nicht, wenn man von dem höchsten preussischen Richter, dem Präsidenten des Strafenats des Kammergerichts, in der „Deutschen Juristenzeitung“ lieft, daß die Protokolle ein Bild von der eingehenden Heisterarbeit und von dem fruchtbringenden Meinungsaustausche der Praktiker und der Vertreter der Wissenschaft geben. Man ist wirklich sehr bescheiden geworden und stellt an den Geist der heutigen Juristengeneration sehr geringe Ansprüche, wenn man die von der Kommission uns aufgetischten Plattheiten als eine wissenschaftlich und praktisch bedeutsame Leistung feiert. Das Volk wird allerdings weniger bescheiden sein und nicht dulden, daß die engherzigen, mit abgestandenen Gründen motivierten Ansichten zur Grundlage eines Gesetzgebungswerkes gemacht werden, welches mehr wie jedes andere in das Vermögen, die Ehre und die Freiheit des einzelnen eingreift. Wie turmhoch stehen die Materialien über die Reichs-Justizgesetze aus den sechziger Jahren, wie turmhoch fast alles, was im Reichstag bei Beratung der lex Minteln gesprochen ist, über demjenigen, was uns die „Notabelnversammlung“ der Sachverständigen des Strafprozesses zu bieten hat.

Umdas, was der Arbeit an wissenschaftlicher Tiefe fehlt, durch äußere Vornehmheit zu ersetzen, vermeiden es die Protokolle, durch Nennung der Namen der Antragsteller, der Redner und der Abstimmenden der Darstellung Lebhaftigkeit und Frische zu verleißen. Wir hören nur immer bei den in trostloser Einförmigkeit sich hingiehenden Erörterungen von: „Es lag ein Antrag vor“, „die Minderheit meinte“, „die Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt“ usw. Ein Schade erwacht durch diese unpersonliche Darstellungsweise allerdings nicht. Die Mitglieder der Kommission interessieren, im Gegensatz zu denen der Justizkommission aus der Mitte der sechziger Jahre, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht genug, als daß die Öffentlichkeit ein Interesse hätte zu erfahren, wie sie gestimmt haben. Es kommt hinzu, daß in grundsätzlichen Fragen der Zufall entschieden hat, ob dieses oder das entgegengesetzte Resultat sich schließlich ergeben hat. So ist die entscheidende Frage, ob das Grundrecht des Angeklagten, daß die von ihm herbeigeschafften Beweise erloben werden müssen, beibehalten werden soll, mit 9 gegen 9 Stimmen verneint worden, wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab. Ein solches Votum kann natürlich auf die gesetzgebenden Faktoren auch nicht den allergeringsten Eindruck machen, da es die vollkommenste Uneinigkeit der Sachverständigen gerade da zeigt, wo es sich um das Wohl und Wehe des Angeklagten handelt. Ähnlich stellte sich das Stimmverhältnis bei der Kollisionshaft und anderen grundlegenden Fragen.

Nun noch einige Worte über die Tendenz der Reformvorschläge. Abgesehen von einigen kleinen Verbesserungen, sind alle die Vorschläge und Einrichtungen des geltenden Rechtes, welche dazu beigetragen haben, das Mißtrauen des Volkes gegen die Strafrechtspflege zu begründen, beibehalten worden. Nirgends finden wir eine Aufstellung durchgreifender Reformvorschläge da, wo sich wirklich der rücksichtlose Geist der bestehenden Strafprozessordnung offenbart hat und Abhilfe dringend notwendig ist, nirgends ist der Versuch unternommen, eine Schranke aufzurichten gegen das Eingreifen der von der Regierung abhängigen Staatsanwaltschaft in den Organismus der Justiz. Ganz im Gegenteil. Obwohl die Regierung niemals daran gedacht hätte, eine Revision unserer Strafprozessordnung vorzunehmen, wenn nicht der Glaube an die Integrität von Recht und Gerechtigkeit im Volke durch verstärkte Garantien für den Angeklagten wiederhergestellt werden sollte, vermag die Kommission dennoch eine weitere Entschärfung des Angeklagten vorzuschlagen. Allerdings tut sie dies nicht offen und freiwillig. Es wird der Anschein erweckt, als beabsichtige die Kom-

mission Reformen zu bringen, während in Wahrheit, sobald man den Vorschlägen die Maske herunterreißt, sich zeigt, daß das Wenige, was an Verteidigungsmöglichkeit dem Angeklagten nach der geltenden Strafprozessordnung noch verbleibt, ihm geraubt wird.

Es soll dies in einer Reihe von Artikeln an den wichtigsten der behandelten Fragen nachgewiesen werden. Es gilt rechtzeitig auf der Wacht zu stehen, wenn etwa der künftige Regierungsentwurf sich auf den Vorschlägen der Kommission aufbauen und unter dem phrasenhaften Schein einer Verbesserung unserer Strafprozessordnung ihre Rückwärtsentwicklung versucht und der Anspruch des Einzelnen auf genügenden Rechtsschutz noch weniger als bisher gewahrt werden sollte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. August.

Der Reichsverband des Freisinn.

Vordem pflegte der Freisinn mit einiger Erbitterung die parteilosen politischen Gründungen zu bekämpfen — nicht sowohl aus Grundsatze als aus Konkurrenz. Immerhin leidet seine Wortführer diese Abneigung in das stolze Gewand politischer Charakterfestigkeit. Seine Taten widersprachen freilich schon längst dem Grundsatze. Bei den letzten Wahlen war der Freisinn bereits selber so parteilos geworden, daß der Richterliche „Sozialistenpiegel“ die Wahlbibel aller bürgerlichen Parteien werden konnte. Es war ein Freisinniger, der auch die bekannte Millionenbroschüre, in der die Sozialdemokratie „theoretisch“ vernichtet wurde, verfaßt hatte. Nunmehr aber gibt der Freisinn auch den letzten Rest von Selbstbewußtsein auf. Er ist zum Allerweltsbettel geworden, der überall Almosen auflieft und sich von jedermann erhalten läßt. Er lebt vom Zentrum, von den Konservativen und Nationalliberalen, verschmäht auch sozialdemokratische Hilfe nicht, jetzt ist er so geunken, daß er in der Form von reklamehaften Dankfagungen durch verschämte Bittbriefe sich die Hilfe der kompromittiertesten politischen Gründungen zu sichern sucht. In Scharfmacherorganen liest man folgende Dankfagung, die ganz im Stile von Anerkennungschriften für durchschlagende Schweizerpillen und wunderartigen Haarbalsam gehalten ist:

„Der gestrige Wahltag brachte dem vereinigten Bürgerium unseres Wahlkreises einen erfreulichen Sieg über die Sozialdemokratie, die den Wahlkampf selbst in der verwerflichsten Weise geführt hat.“

Zu dem glücklichen Ausfall der Wahl haben auch Sie ungemein viel beigetragen, indem Sie durch Verteilung von Flugchriften und vor allem durch die erspriehliche Agitation der drei von Ihnen entsandten Redner in äußerst wirkungsvoller Weise den Kampf gegen die Umsturzpartei förderten.

Für diese Ihre tatkräftige Mithilfe sprechen wir Ihnen unseren wärmsten Dank aus, sowie unsere Anerkennung für die Gewandtheit und Geschicklichkeit, mit der Ihre Herren Vertrauensmänner die Sache des Bürgeriums vertreten haben. Daß durch Aufklärung des Bürgeriums über die wahren Bestrebungen der Sozialdemokratie der Kampf gegen dieselbe in der durchgreifendsten Weise geführt wird, das beweist auch wieder die Reichstagswahl in unserem Kreise, und wünschen wir Ihnen zu Ihren Bestrebungen ferner den besten Erfolg.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 die Vorstandschaft des „Vereins der deutsch-freisinnigen Partei Järlitz“

gez. Julius Eichenbeiß, gez. M. Hübeler,
 1. Vorsitzender, stellvert. Schriftführer.

An wen ist diese Anerkennung über „erprobte Wirkung“ gerichtet: an den famosen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der nicht mit Politikern, sondern mit menschlichen Phonographen, die leihweise an jedermann überlassen werden, das „Bürgerium aufklärt“. Glückliches Bürgerium!

Ganz abgesehen davon, daß die Järlitzer Wahl alles andere nur kein Erfolg des reichsverbändlerisch aufklärten Bürgeriums gewesen ist — in dieser Wahl marschierte allein die von den herbeigeschafften Phonographen tot georgelte Sozialdemokratie — es ist ein prächtiges Dokument von dem Verfall des Freisinn, daß er über die unsauberste Wahlhilfe dreifacher Agenten, die aus der Krippe der äußersten Reaktion gespeist werden, öffentlich in gerührten Worten dankbarlich quittiert. Eugen Richter wird doch über so viel naive Ehrlichkeit ein wenig erschrocken sein. Aus der „Post“ erfährt man auch, was der Reichsverband für den Freisinn geleistet:

„Die ihm vom Reichsverbande angebotene Wahlhilfe wurde vom Verein der deutsch-freisinnigen Partei in Järlitz dankbar angenommen. Der Reichsverband entsandte drei Redner, die von verschiedenen Wahlorten aus die Wahlarbeit leiteten. Einer sprach dreizehnmal, ein anderer zwölfmal und ein dritter fünfzehnmal in verschiedenen Versammlungen. Es wurden außerdem vom Reichsverbande dort 45 000 Flugblätter verteilt.“

Ein komischer Zufall will es, daß zu gleicher Zeit, wie diese Dankfagung bekannt wird, der große Kulturpionier, Goethebündler und Streiter für die idealen Güter der fortgeschrittenen Menschheit, der es leider nur nicht verträgt, daß ihn die Sozialdemokratie für eine Trolch ihrer Langweiligkeit lustige Person hält — daß Herr Müller-Meinungen der aufgelauchten Welt das Bekenntnis ablegt:

„Ich habe aber andererseits stets mit aller Klarheit den Standpunkt vertreten, daß der Liberalismus sich gänzlich zugrunde richten würde, wenn er würdelos sich an die übermächtig gewordenen Sozialdemokratie „wegwerfen“ würde.“

Wegen des „Uebermuts“ der Sozialdemokratie ist also Herr Müller-Meinungen so würdevoll, sich nicht an die einzige

Partei kultureller Ideale wegzuworfen, sondern dafür eine Vision mit dem offenbar gar nicht übermäßigen Reichsverband einzugehen. Wenn auf die Weise der Liberalismus sich nicht gänzlich von Grund aus auflöst, dann ist die Müllerische Kultur verloren, die er übrigens sogar mit Vebel gegen die kulturfeindliche Sozialdemokratie Bayerns tapfer zu verteidigen sich herbeiläßt. Dieser Staatsmann, der offenbar in dem Subermännischen Raffegrafen Kraft sein ideales Vorbild sieht, bekennt nämlich, daß er die kulturfeindliche Politik der Genossen in Bayern „sicherlich im Einklange mit der wirklichen Meinung der Herren Vebel und Genossen“ als „solche“ bezeichnet habe. Der Unglücksfelige verwechselt bereits die deutschen Sozialdemokraten, die insgesamt wirklich genau so kulturfeindlich sind wie die bayerischen Genossen, mit den Kulturträgern des Reichsverbandes.

Die Flucht des Ministeriums.

Rom, 31. Juli. (Fig. Ver.)

Die bloße Androhung der Obstruktion, vereint mit der kritischen Haltung der Rechten und des Zentrums, hat genügt, das Ministerium in die Flucht zu schlagen. Gerade als man glaubte, die Regierung werde jetzt mit ihrer Verteidigung herausreden und Argument gegen Argument, Zahl gegen Zahl stellen, erklärt sich Fortis bereit, den von der vereinigten Opposition gestellten Vertragsantrag anzunehmen. Freilich sagte er hinzu, daß ihn nicht das Gefühl bestimme, die Transaktionen mit den Bahngesellschaften wären einer Nachprüfung bedürftig, sondern nur die Erwägung, daß eine Atmosphäre des Mißtrauens sich um die ganze Frage gebildet habe. Man werde gewiß sagen, daß das Ministerium „eine Schwanzfeder verliere“, indem es in die Vertagung willige. Daran aber liege ihm nichts. Er sei vielmehr froh, daß Parlament einberufen zu haben, um so in sachlicher, erschöpfender Diskussion zu zeigen, daß die Regierung stets eifrig und wachsam um die Interessen des Landes bemüht ist. Trotz dieser rhetorischen Reden verheißt sich niemand, daß die Regierung im Bewußtsein ihrer Schwäche vom Kampfe zurückgetreten ist. Aber nicht parlamentarisch schwach fühlte sich das Kabinett, sondern sachlich unbewaffnet, arm an Argumenten, außerstande, den Glauben an ihre gute Absicht zu erwecken. Dem parlamentarisch schwach ist das jetzige Kabinett nicht; unter den 433 Abgeordneten, die man in Rom zumammengerufen hatte, war es sicher, eine Mehrheit zu finden, die die Transaktionen annahm, und wenn sie sie zehnmal für ein nationales Unglück gehalten hätte. Fortis fühlte sich schwach, dem Lande, der öffentlichen Meinung, dem Proletariat gegenüber, die der Obstruktionsschlange der Sozialisten bereits ihre Solidarität ausdrückten. Das Kabinett fürchtete eine neue Periode großer politischer Erregung, die sich in den Hunderten angelegter Volksversammlungen gegen die Eisenbahngesetze schon ankündigte.

Die große Bedeutung der Niederlage des Kabinetts liegt eben darin, daß es keine parlamentarische Niederlage war. Ministerium und Mehrheit fühlten sich geschlagen, geschlagen durch das politische Bewußtsein der Massen, das sich aufblühte gegen die geplante Vererbung der Staatskasse. Weil es in der Hölle der dreitägigen Diskussion die vorgeschlagenen Transaktionen selbst in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit kennen lernte oder sie in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit vom Volke erkannt sah, darum hat das Kabinett in die Vertagung gebilligt. Es hat sich dadurch als leichtfertig oder als schuldbehaftet bekannt und natürlich nicht sein Prestige erhöht. Aber immerhin hat es gezeigt, daß es moralisch verdammt ist und zeitgemäß genug in seinem Denken, um nicht einen offenen Konflikt heraufzubeschwören zwischen Volksbewußtsein und Regierung. Fortis, den man den letzten Crispino zu nennen pflegt, hat sich hierin von der Nichtscham seines Meisters entfernt, freilich haben auch die veränderten Zeiten es ihm näher gelegt, als dem alten Crispi, dem Volkswillen Rechnung zu tragen.

Daß Fortis seine tatsächliche Niederlage durch ein Vertrauensvotum verfuhr wurde, folgt aus der ganzen Logik der Situation. Er besitzt eben das Vertrauen der Parlamentarier, aber dies Vertrauen konnte ihm kein Ball sein gegen die Sturmflut des Mißtrauens im Lande. Aus dieser Tatsache mußte, sobald man dem Mißtrauen Rechnung tragen wollte, eine unsinnige Situation folgen, die sich in der in der gestrigen Sitzung angenommenen Tagesordnung vorzüglich widerspiegelt:

„Die Kammer beschließt dem Ministerium ihr Vertrauen und fordert es auf, die Liquidationen mit den Eisenbahngesellschaften, Mittelmeerbahn, adriatische und silulische Bahn, nochmals in Betrachtung zu ziehen, unter Berücksichtigung der erfolgten Diskussion und ermächtigt es, einstweilen die Auszahlung der nicht strittigen Summen zu veranlassen.“

Das heißt also in nüchternen Worten: Die Mehrheit hat ein theoretisches und stereotypes Vertrauen zum Ministerium, verliert aber dieses Vertrauen in dem konkreten Falle der Eisenbahntransaktionen und fordert trotzdem dasselbe Ministerium auf, diese schon einmal ungenügend gelöste Frage wieder aufzunehmen.

Mit diesem mißtrauenden Vertrauensvotum, dessen erster Absatz mit 149 Stimmen Mehrheit angenommen wurde, während gegen den zweiten nur die Sozialisten und Republikaner stimmten, scheint sich das Ministerium Fortis zufrieden zu geben. Will es doch den Glauben erwecken, als hätte diese außerordentlich hochformale Extravorstellung in Montecitorio für das Kabinett seinen Zweck erfüllt! Interessant ist aber, daß die ministerielle Presse ganz und gar nichts von dieser Lesart wissen will. Der offiziösen „Tribuna“ geht die Wendung so sehr wider den Strich, daß sie ganz aus dem üblichen Lobhudeleton fällt und in einem „Der letzte Fehler“ überschriebenen Leitartikel gegen das Ministerium losgeht. Nachdem sie gesagt hat, daß die Regierung das den Eisenbahngesellschaften gebührende Versprechen, die Transaktionen zu vertreten, nicht eingelöst hat, fährt das sonst so kabinettfromme Blatt fort: „Wenn ein Ministerium das Parlament zu außerordentlicher Tagung einberuft, um ihm einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Non plus ultra, das letzte Wort in einer lange erwogenen Angelegenheit sein soll, und dann im kritischen Moment den Entwurf zurückzieht und die Einladung annimmt, ihn noch einmal durchzuprüfen, so geschieht es dadurch zu, daß es nicht seine Pflicht getan hat und auf die Frage nicht den nötigen Eifer und die nötige Arbeit verwendet hat. Was nützt in solchen Fällen ein platonisches Vertrauensvotum?“ In diesem Tone geht es fort. Mehrheit und Ministerium werden der Schwachheit und Feigheit bezichtigt und verhöhnt, weil sie den „Paritoren der Straße“ den Sieg ließen. Der guten „Tribuna“ lag eben viel mehr an den famosen Transaktionen als am Ministerium Fortis. In der ersten schweren Enttäuschung bricht das durch.

Jedenfalls kann die sozialistische Partei mit dem Erfolg ihrer Taktik zufrieden sein. Sie hat die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf eine große und schwere Gefahr gelenkt und hat durch den erzwungenen Ausschub die Bevölkerung instand gesetzt, sich ernstlich gegen den geplanten Handschlag zu wehren. Mehr kann die Partei nicht tun. Wenn jetzt die Masse wieder in ihre Apathe zurück versinkt und den Kampf aufgibt, so würde sie dadurch nur

zeigen, daß sie politisch noch unreifer ist, als sie sogar in der Schätzung der Regierung erscheint. Benutzt aber die steuerzahrende Bevölkerung Italiens die gewonnene Frist, um sich Klarheit in der Sache zu verschaffen und jede Unrechtmäßigkeit zu entlarven und zu bekämpfen, so wird die mannhafte Haltung der Fraktion in dieser Sache hundertfältig Früchte tragen. Daß ins Parlament auch die Wellen der öffentlichen Meinung hineinschlagen, daß dort mehr proletarische Kraft wirkt, als in den sozialistischen Mandaten zählbar ist, das haben diese Tage gezeigt. Es ist das ein Grund zu stolzer Verteidigung für die sozialistische Partei, aber es ist gleichzeitig eine Mahnung zu ernster, unermüdlicher Arbeit. Auf einer Partei, der ein so tiefgehender Einfluß möglich ist, lastet zweifellos ein großer Teil Verantwortung für das, was sie tut und das, was sie ungetan läßt.

Deutsches Reich.

Die Novelle zum Vergesetz

wird im „Reichs-Anzeiger“ vom 2. August publiziert und tritt damit in Kraft. Nach dem Schlussartikel des Gesetzes müssen die erforderlichen Abänderungen der Arbeitsordnung innerhalb drei Monaten erfolgen und die Arbeiterausschüsse innerhalb vier Monaten eingerichtet sein.

Selbst wenn die Vergleiche des Ruhrreviers nicht wollten, werden sie doch durch das famose Gesetz gezwungen, mindestens jetzt die Arbeiterausschüsse den Streikbrechern zu überlassen. Denn wählen dürfen nur solche, die mindestens ein Jahr und gewährt werden gar nur solche, die mindestens drei Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben. Das sind aber für den Anfang lediglich die Streikbrecher. Damit werden die Ausschüsse von Anfang an den vom Dreiklassenparlamente gemollten Charakter erhalten, nämlich Kommissionen von Rechtspolizisten zu sein. Die brauchen denn auch nicht gleich wieder aufgelöst zu werden, da sie sicher ihre „Befugnisse“ nicht überschreiten werden. Und nach fünf Jahren, wo wieder eine neue Wahl nötig sein wird, werden diese „sozialen Friedensinstitutionen“ wohl niemand mehr interessieren.

Wenn der Kaiser reist! Wilhelm II. will am 9. August Gnesen besuchen. Die Stadtverordneten-Versammlung von Gnesen bewilligte in geheimer Sitzung einen Kredit von 20 000 M. zur Erzeugung der städtischen dekorativen Illumination.

Die Gemeindeabgaben von Gnesen betragen 133 Proz., mit der Einkommensteuer 155 Proz. Was kommt's da auf 20 000 M. für ein paar Stunden den Gepränges an!

Der Paragraph für Denunzianten. Im „Voten aus dem Riesengebirge“ liest man folgenden Beitrag zur Chronik der Majestätsbeleidigungen: Der Arbeiter U. von hier ging eines Sonnabends etwas angetrunken nach Hause. Zu seinem Unglück ließ er sich vor seiner Haustüre aber noch mit dem Böttchermeister Ennoch in ein Gespräch ein. Man kam auf die Politik zu sprechen und dabei soll U. in seiner Angetrunkenheit eine unüberlegte Äußerung über den Kaiser getan haben. Der gute Nachbar hatte nichts eiligeres zu tun, als den Angellagten wegen Majestätsbeleidigung beim Staatsanwalt zu denunzieren. Heute hätte Ennoch auch die Vergünstigung, daß der bisher noch gänzlich unbeholte U., der selbst Soldat war, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt ward. Mit Rücksicht auf die begleitenden Umstände hat der Gerichtshof die geschickte niedrigste Strafe als ausreichende Sühne gehalten. Die Verhandlung fand hinter geschlossenen Türen statt.

Militärstütz. Dresden, 1. August. (Fig. Ver.) Wegen Mißhandlung und Beleidigung Untergebener stand der 1870 zu Köln geborene Hauptmann Freiherr von Hohenberg, Kompagniechef im Schützenregiment Nr. 108, vor dem Kriegsgericht in Dresden. v. H. wurde am 22. April 1905 zum Hauptmann befördert und erhielt die dritte Kompagnie des Schützenregiments zugeteilt. Lag es nun daran, daß der neue Kompagniechef angefaßt mehrere bevorstehender, dicht hintereinander folgender Beförderungen nervös wurde oder daß, wie der Angellagte behauptet, die Unteroffiziere der Kompagnie nicht in dem wünschenswerten Maße ausgebildet waren, kurzum, mit dem neuen Kompagniechef war auch ein anderes Regiment in die Kompagnie eingezogen, unter dem die Unteroffiziere viel zu leiden hatten, da der Angellagte sich in den unflätigsten Beschimpfungen zu ergehen beliebte. Nach der Darstellung des Hauptmanns hätten sich die Unteroffiziere auffallend schlapp und unachtsam gezeigt, der Regimentskommandeur hätte bei den Beförderungen Ausstellungen gemacht und erklärt, die Haltung der Kompagnie müsse eine strammere sein. Der Angellagte will zunächst in Güte versucht haben, hier eine Aenderung zum Besseren zu schaffen, doch sei ihm dies nicht gelungen.

Am Nachmittage des 6. Juni fand Befehdsgerichten statt. Die Kompagnie mußte auschwärmen, wobei die Leute des Unteroffiziers Löbe anstatt nach rechts nach links auschwärmten, so daß ein wildes Durcheinander entstand. Der Hauptmann pugte deshalb den Unteroffizier mit den Worten herunter, er solle sich schämen, er sei dümmer als der dümmste Rekrut der Kompagnie! Als der Unteroffizier hierauf entgegnete: „Das haben wir so geübt unter Hauptmann Aster!“ und sich noch mit anderen Worten verteidigte, wurde der Hauptmann während, der mit den Worten: „Dummes Schwein, ich reiße Sie in drei!“ mit seinem Gaule auf den Unteroffizier losritt, im letzten Augenblick aber noch sein Pferd wandte, so daß dieses nur mit dem Hinterteile den Unteroffizier an die Brust stieß und ihn ein Stück weit zurückschleuderte. Der Unteroffizier, der sich auch Verletzungen, wie verdammt es Schwein, verdammt er Lämmer! hatte gefallen lassen müssen, war über das Vorgehen des Hauptmannes so perplex, daß er sich nicht von der Stelle zu rühren vermochte hatte. Bei derselben Gelegenheit hat der Angellagte weiter geäußert: „Wenn die Dummelei so weiter geht, breche ich Euch Unteroffizieren den Hals! (soll heißen: es wird keine Weiterkapitulation erfolgen!) D. S.) Ihr verdammtes Schwein, Ihr kommt schon mal und wolt was von mir haben!“ Am nächsten Morgen mußte sich Löbe, nachdem sich zuvor bei ihm Quälpeien und heftige Brustschmerzen eingestellt hatten, krank melden. Er ist mehrere Wochen in Lazarettbehandlung gewesen, hat aber heute noch infolge der ihm damals widerfahrenen Behandlung Schmerzen.

Der Angellagte leugnete, soweit das Anreiten in Frage kam, vorsätzlich gehandelt zu haben, das Pferd sei an diesem Tage rosig und unruhig gewesen und habe beim Vorbereiten nach rechts gedrängt, wodurch es den Unteroffizier gestreift haben müßte. Diese Darstellung steht mit den beschworenen Aussagen des Verletzten und einer Anzahl anderer Zeugen in direktem Widerspruch; sie haben den Eindruck, daß der Angellagte dem auffälligen Korporal ein answischen wollte. Der Hauptmann soll nach dem Anreiten sogar geringfügig bemerkt haben: „Und wenn Sie liegen bleiben, das ist mir ganz egal!“ Nach dem Sachverständigengutachten soll der Stoß nicht so heftig gewesen sein, daß er schwere Verletzungen zur Folge haben konnte.

Der Angellagte fand außerordentlich milde Richter. Trotz des Beweisergebnisses und im Gegensatz zum Vertreter der Anklage, der Festung beantragte, hielt das Gericht nicht für erwiesen, daß der Angellagte beim Anreiten vorsätzlich gehandelt hat. Es nahm nur Fahrlässigkeit und demgemäß nur vorläufigwidrige Behandlung und Beleidigung Untergebener an und hielt — drei Wochen drei Tage Stubenarrest für eine ausreichende Sühne. Früher hat der „Herr Angellagte“, der während der Verhandlung auf einem Stuhle Platz nehmen durfte, oftmals selbst als Richter fungiert und über Soldatenhänder zu Gericht gesessen.

Vertzuwachstener in Hessen. In unserem Artikel: „Klassenkampf im Feuerwesen“ ist über die Vertzuwachstener in Hessen

gesagt, daß sie nicht rückwirkend sei. Dies ist jedoch insofern ein Irrtum, als die Gemeinden, die bis spätestens 1. Oktober 1906 eine Vertzuwachstener einführen, diese bis zum 1. Oktober 1904 rückwirkend machen können. Diese Zusatzbestimmung kam auf Antrag des Ausschusses in das Gesetz. Der Regierungsentwurf bestimmte, daß als ehemaliger Erwerbspreis, wenn der frühere Besitzwechsel vor dem Erlaß des Ortsstatuts stattgefunden habe, der gemeine Wert zur Zeit des Erlasses des Ortsstatuts anzusetzen sei. Gewiegte Spekulanten hatten nun sofort, nachdem der Plan einer Vertzuwachstener im Herbst vorigen Jahres bekannt wurde, durch Scheckgeschäfte, durch zu hohe Preisnominierungen einer zukünftigen Vertzuwachstener vorbeugen gesucht. Diesen Manipulationen soll durch den erwähnten Zusatz ein Riegel vorgeschoben werden.

Besser wäre allerdings, man hätte den Gemeinden das Recht gegeben, die Steuer noch weiter rückwirkend zu machen.

Der Lippe-Frazeh vom Tage. Der gegen den Redakteur der „Lippischen Tageszeitung“ angelegte Prosch wegen Beleidigung von Postbeamten in der Angelegenheit der Veröffentlichung der sogenannten „Diesseits-Depesche“, der heute in Detmold stattfinden sollte, ist vertagt worden, da noch mehrere Zeugen geladen werden sollen.

Ein Schmutztrupper über Südwestafrika.

Einen bemerkenswerten Brief aus Südwestafrika hat der Schulmachereister A. Walter in Werber a. G. von seinem Sohne Alexander, welcher als Freiwilliger den Kampf gegen die Hereros mitmacht, erhalten. Seit Monaten war Walter über das Schicksal seines Sohnes in Unwissenheit, da ihm im Mai eine Depesche zugegangen war, daß demselben die rechte Hand amputiert werden mußte. Alle Bemühungen Walters, näheres über seinen Sohn resp. dessen Gefangenschaft zu erfahren, waren vergeblich; nicht einmal sein Aufenthaltsort konnte festgestellt werden und so nahm dem Walter an, daß sein Sohn nicht mehr am Leben sei. Am Anfang dieser Woche erhielt aber der Vater gleich zwei Briefe von seinem Sohne, worin dieser kein Wort von einer Amputation der rechten Hand erwähnt. Da er die Briefe selber geschrieben hat, liegt anscheinend eine Verwechslung vor, durch welche Walter sen. in große Verlegenheit wurde. Immerhin ist es dem jungen Krieger während der Zeit recht schlecht gegangen, denn er war schwer an Typhus erkrankt, ist aber jetzt wieder so weit hergestellt, daß er Aufnahme in ein Gefangenenheim finden konnte. Ueber Südwestafrika macht Walter folgende Schilderung:

„Bei uns ist es jetzt fürchterlich kalt, das Wasser ist morgens meistens gefroren und könnt Ihr Euch daher denken, wie wir armen Teufel, die wir sonst uns an die fürchterliche Sonnenhitze haben gewöhnen müssen, jetzt frieren. Wie Ihr seht, haben wir es jetzt nicht so gut, wie Ihr zu Hause. Bei Euch ist der Sommer eingezogen und bei uns ist es Winter, mit häßlichen rauhen Winden. Die Landschaft hat ihr grünes Kleid, wenn man von einem solchen in Afrika überhaupt sprechen darf, auch schon längst verloren. Rote und grau liegen die weiten Sandflächen von mächtigen Bergen umschlossen da. Kein grünes Hümmchen sieht man weit und breit, nur Sand und Steine, das ist alles, was die Natur hier bietet. Gegen Abend aber, wenn die Sonne untergeht, dann bietet sich ein glänzendes Bild. Alle Berge scheinen zu flammen und über den wenigen Bäumen ruht ein märchenhafter Farbenshimmer, der dem ganzen Bilde einen prächtigen Hauber verleiht. So schöne Abende, wie in unserem sonst öden und tristen Südwestafrika, gibt es kaum in der ganzen Welt. Die Farbenpracht ist einzig! Das ist so das einzige, woran man hier noch Freude hat, sonst bietet das Land absolut gar nichts, als höchstens Ärger durch seine Widerwärtigkeiten.“

Nusland.

Das neue schwedische Ministerium,

das zur Regelung des Unionskonflikts berufen ist, ist jetzt endlich zustande gekommen. Es hat offenbar viel Mühe und schwere Kämpfe zwischen den Vertretern der maßgebenden Parteien gelöst, die verschiedenen Elemente zusammenzubringen, die das neue Ministerium umfaßt. Der Chef ist Chr. Lundeberg, ein großer Unternehmer, bisher Führer der Mehrheit der Ersten Kammer und Vorsitzender der Spezialkomitees des Reichstags. „Ein Ministerium Lundeberg“, schrieb Dranting kürzlich in „Social-Democraten“, „würde nach innen Krieg bis aufs Messer mit den Arbeitern, neue und sicher noch krassere Zwangsgesetze gegen die Gewerkschaften, Einschränkung der Presse und Redefreiheit, Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht, ein vollkommenes Junkerregiment bedeuten. Nach außen hin würde es wohl nicht gerade Krieg gegen Norwegen bedeuten — dazu hat die Sozialdemokratie eine zu starke friedensfreundliche Stimmung in Schweden hervorgeufen — jedoch den Versuch, Norwegen zu demütigen, der die Lösung des Konflikts verzögern und große Schwierigkeiten herbeiführen würde.“

Die liberale „Göteborgs Handelstidning“ schrieb, schon der Name Lundebergs an der Spitze eines Koalitionsministeriums müsse nach innen und außen heunruhigend wirken, ein aus Rechtsmännern bestehendes Ministerium Lundeberg bedeute aber geradezu eine Gefahr für den sozialen Frieden im Lande wie für die Durchführung des Reichstagsprogramms über die Unionsfrage. — In diesem Schlimmsten, was zu befürchten war, ist es nun glücklicherweise nicht gekommen. Ist der Ministerpräsident so recht ein Mann nach den Wünschen der realistischen Nationalisten, so ist ihm in dem Grafen Wachtmeister ein Minister des Außeren zur Seite gestellt, der von jenen Leuten aus schärfster angegriffen wurde, wenn davon die Rede war, daß ein Ministerium, das seinen Namen trage, gebildet werden könnte.

Die Konservativen, die, seitdem der König sich so entschieden friedensfreundlich gezeigt hat, nicht mehr richtig Königstreue sind, sprachen verächtlich von einem „Hofministerium“ und verlangten ein „Rechtsministerium“, ja, „Aha dagligt Åkehanda“ warnte vor einem Ministerium Wachtmeister, warnte den König „einen Wund mit den Feinden der Gesellschaft einzugehen und mit den Scharen, die sich für vaterlandslos erklärt haben“. Ein Mann, der von den Nationalisten in solcher Weise beschimpft wird, verdient bei den Freunden einer friedlichen Lösung des Unionskonflikts immerhin ein gewisses Vertrauen. — Im übrigen sind uns über das neue Ministerium folgende Depeschen zugegangen:

Stockholm, 2. August. Das neue Koalitionsministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident ist der bisherige Führer der Mehrheit der Ersten Kammer Lundeberg; Außerer: Graf Wachtmeister, bisher Generaldirektor der Domänen; Justiz: Berg, bisher Mitglied der Ersten Kammer; Krieg: Oberst Lingsten; Marine: Lindman, bisher Generaldirektor der Telegraphie; Inneres: Widen, bisher Abgeordneter; Finanzen: Diefert, bisher Abgeordneter; Kirche: v. Hammarskjöld, bisher Präsident des Götaer Hofgerichts; Außerer: Petersson, bisher Abgeordneter; ohne Portefeuille: Justizrat Pettersson und der bisherige Abgeordnete Staaff.

Das neue Ministerium ist ein ausgeprochenes Koalitionsministerium. Ministerpräsident Lundeberg, der Vorsitzende des Spezialkomitees des Reichstages für die Unionsfrage, der Minister des Innern Widen, der Landwirtschaftsminister Petersson und der Kultusminister von Hammarskjöld repräsentieren die konservativen Parteien in der Ersten und Zweiten Kammer. Außerer Diefert und der Führer der liberalen Partei, Minister

ohne Vorlesung des Staats vertreten die liberale Partei. Der Minister des Äußern Graf Wachtmeister, Justizminister Berg und der Kriegsminister Oberst Dingler sind Männer von gemäßigten Anschauungen. Der Marineminister Lindman sowie der Minister ohne Vorlesung Petterson sind ohne hervortretende politische Färbung.

Der dänische Militarismus und die Großmächte.

Es ist von unseren dänischen Parteigenossen und auch von den radikalen oft genug gesagt worden, daß Dänemark trotz aller militärischen Leistungen nicht instande wäre, kriegerischen Angriffen einer Großmacht irgend welchen nennenswerten Widerstand zu leisten. Gerade jetzt in der Zeit der Flottenbeschaffung, wo Pläne zur Abschließung der Ostsee aufstehen, muß jedem denkfähigen Menschen in Dänemark die Wertlosigkeit dieses ganzen Landes- und Seeverteidigungswesens gegenüber den ungeheuren Nachmitteln der Großmächte so recht zum Bewußtsein kommen. Als Hauptverteidigungsmittel pflegen die dänischen Militäristen die kopenhagener Festung hinzustellen. Aber jeder müßte doch leicht einsehen, daß diese Festung nicht im mindesten dem Lande irgend welchen Schutz bieten kann, auch wenn sie, was ja auch ausgeschlossen erscheint, dem Bombardement einer Großmachtsflotte trotz bieten könnte. Dagegen aber birgt diese Festung die Gefahr in sich, in einem Kriege von Großmächten als ein Glied in der Kette der übrigen Kriegsmittel rücksichtslos ausgenutzt zu werden. Anknüpfend an die Gerüchte über den Plan einer Abschließung der Ostsee bemerkt unser kopenhagener Bruderorgan, nachdem es die wichtigsten Teile des Leitartikels des „Vorwärts“ vom Sonntag zitiert hat:

„Wenn die Demokratie in Deutschland vor dem Militärwahnsinn warnt, um wie viel mehr muß das nicht für das kleine Dänemark gelten, das überhaupt nicht teilnehmen kann an dem militärischen Wettlauf. Es ist lehrreich zu sehen, wie die ausländische Presse in diesen Tagen unser Militärwesen beurteilt. Die deutschen Blätter sind einig, die ungeheure militärische Bedeutung des Landes und der Welt hervorzuheben, aber eben so einig darüber, daß wir überhaupt keine Flotte haben, die diese Fahrwasser verteidigen kann. Das einzig Vernünftige hier in Dänemark wäre, dies klar und unabweisbar anzuerkennen. Wir können nicht mitspielen und sollten darum auch jeden Versuch dazu aufgeben. Sollte das Unglück eintreffen und Deutschland und England in Krieg miteinander kommen, dann ist unsere Stellung um so sicherer, je weniger Militärwesen wir haben. Und namentlich muß Kopenhagens Festung baldigst gesprengt werden, denn sie ist unser Land größtes Gefahr. Wir können sie nicht verteidigen, aber sie reizt eine Großmacht zur Okkupation zwecks Gebrauchs im Kampfe gegen eine andere Großmacht und setzt unsere Landeshauptstadt der Gefahr eines schrecklichen Bombardements aus. Unsere größte Gefahr ist die Wiederholung der Ereignisse von 1807. Darum müssen die Uraachen, die im 1807 hervorgerufen haben und nun von neuem vorhanden sind, schleunigst entfernt werden. — Im übrigen müssen alle Dänen, — wenn sie sich als Dänen fühlen und nicht zuerst und vor allem als Konservative, Kapitalisten und Militäristen — auf das Wachstum der Arbeiterbewegung in Deutschland und Frankreich hoffen. Je stärker die deutsche Sozialdemokratie wird und je mehr sie infolge eines demokratischen Durchbruchs in Deutschland Macht und Einfluß gewinnt, je schneller und kräftiger die russische Revolution siegt, je mehr Englands mächtige Gewerkschaften sich auf die Politik werfen und das Staatssteuer ergeizen, desto sicherer wird die internationale Situation für alle die kleinen Nationen werden.“

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 2. August. 23 liberale Abgeordnete haben beschlossen, die liberale Partei zum 17. August zu einer Beratung einzuberufen, um ihr eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Entwürfung auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867 befürwortet und betont, es sei die Pflicht eines jeden Abgeordneten, die von der Koalition angestrebte Lösung der Krise zu unterstützen. Sollte die Konferenz diesen Vorschlag nicht annehmen, so wollen diese Abgeordnete aus der liberalen Partei austreten. —

Frankreich.

Paris, 2. August. Die seit langem angekündigte Reaktivierung des Generals Feigne, der wegen der Angebereiangelegenheit zur Disposition gestellt worden war, ist nunmehr erfolgt. Feigne wurde zum Mitglied des technischen Komitees der Artillerie ernannt, an dessen Spitze er am 1. Oktober treten wird. Die nationalpolitischen Blätter beurteilen seine Ernennung in scharfer Weise. Der bisherige Generalstabschef Fendec wurde zum Mitglied des Oberkriegsrates, der bisherige Kommandeur der Kriegsschule General Brun zum Generalstabschef, der Kabinettsdirektor des Kriegsministeriums General Valabreque zum Kommandeur der Kriegsschule ernannt. Der General de Ronancourt, der infolge einer vor einigen Monaten vor dem Kriegsgericht abgegebenen antirepublikanischen Zeugenaussage zur Disposition gestellt worden war, erhielt die Kommandantur des Lagers in Chalons.

Belgien.

Protektionen gegen die königlichen Projekte.

Brüssel, 2. August. Ein sehr zahlreiches Publikum wohnte gestern der von der sozialistischen Arbeiterpartei einberufenen Volksversammlung bei, in welcher über die Haltung der Sozialisten in betreff der Befestigungs- und Hafenbauten von Antwerpen Beschluß gefaßt werden sollte. Rubin und Vandewelde hielten längere Reden, in denen sie erklärten, die Sozialisten seien bereit, die Kredite zum Ausbau des Hafens zu bewilligen, die Militärkredite aber zu verwerfen, besonders solange die Regierung nicht die persönliche Befreiung eingeführt habe. Vandewelde wendete sich in sehr scharfen Worten gegen die Haltung des Königs in dieser Frage. Er warf dem König vor, daß er seinen Einfluß, den er durch Kaufschuß und Eisenbahn des Kongos erlangt habe, zur Durchsetzung persönlicher Wünsche benütze.

England.

Schwankende Mehrheitsziffern. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses hatte die Regierung bei zwei Abstimmungen Mehrheiten von 104 und 101 Stimmen erlangt. Ansehend war die Opposition nur in geringer Anzahl erschienen, um die Ministerien in Sicherheit zu wiegen; denn heute war die Opposition zahlreich vertreten, und bei der Abstimmung über den Unterrichtsbetrag sicherte sich die Regierung nur eine Mehrheit von 30 Stimmen, indem ein Antrag, der die Herabsetzung der Ausgaben für den Unterricht verlangte, mit nur 250 Stimmen gegen 220 zurückgewiesen wurde.

London, 2. August. Im Oberhaus entspann sich gestern eine längere Debatte über die indische Armeeverwaltung. Lord Roberts bezeichnete die Frage der einheimischen indischen Armeen als ein besonders schwieriges Problem, das fortwährend im Auge behalten werden müsse. Der Minister des Auswärtigen Marquis de Lansdowne erklärte im Laufe der Debatte, eine Revision des bestehenden Systems sei unumgänglich notwendig.

Dänemark.

Neue Polizeibrutalitäten gegen die sozialistische Agitation. Der sozialistische Jugendverein von Kopenhagen hatte am vorigen Dienstag an das Ministerium für öffentliche Arbeiten das Ersuchen gerichtet, am 30. Juli und an den vier Sonntagen im August auf dem Rasenplatz vor dem Carl Söndermarken Versammlungen abhalten zu dürfen, und erhielt darauf vom Minister Högsbro die Antwort, daß das Ersuchen für den nächsten Sonntag zu spät eingetroffen sei, sowie daß hinsichtlich der folgenden vier Sonntage noch Beschluß gefaßt werden müsse. Diese Antwort wurde vom

Jugendverein als eine direkte Ablehnung aufgefaßt und man entfaltete nun eine starke Agitation für den Besuch der geplanten Versammlung am 30. Juli. Es hatten sich denn auch ungefähr 1000 Personen vor der roten Fahne versammelt. Da fand sich ein Polizeibeamter ein und ersuchte den Vorsitzenden Mittel Christensen dringend, von der Versammlung Abstand zu nehmen. Das hatte aber keinen Erfolg und jener entfernte sich, um bald darauf mit vier Schutzeuten, denen in kurzer Zeit 20 andere folgten, zurückzukehren. Sie stürzten sich auf die Versammelten, drängten und stießen sie zur Seite. 3 Schutzeuten packten Mittel Christensen und beförderten ihn zur Wache. Darauf bestieg eine Fabrikarbeiterin, Elna Christensen, die Mednertribüne. „Schmeißt das dreifache, rognässige Frauenzimmer herunter“, schrie ein Schutzeute und kurz darauf hatte man auch sie festgenommen. Außerdem wurden auch noch acht Personen verhaftet. Während die Polizei die Verhafteten zur Wache brachte, marschierte die Menge durch Söndermarken und jenseits auf freiem Felde wurde sodann ungeführt eine Versammlung abgehalten, an der 2500 Menschen teilnahmen. Dann marschierte die Menge den Sozialistenmarsch singend durch Balby bis vor die Polizeistation in der Pilealle, wo ein Hoch auf den internationalen Sozialismus ausgebracht wurde. Die Verhafteten wurden abends zwischen 8½ und 9 Uhr nacheinander wieder freigelassen. Der Erfolg der Polizeitaten konnte natürlich nur der sein, daß die Agitation um so wirkungsvoller war. —

Die russische Revolution.

„Morgen wird reformiert.“

Nach einem Telegramm des „Pol.-Anz.“ wurde dem Präsidenten des Moskauer Landtags Solowin vom Präsidenten des Ministerkonseils Grafen Solokh bedeutet, daß Reformen erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen würden. — Auf diese „Reformen“ wartet niemand, so daß es gleichgültig ist, wann sie kommen.

Auf Solowins Klagen beim Generalgouverneur Trepow darüber, daß die Moskauer Polizei sich während des Semstwo-Kongresses Uebergriffe erlaubt habe, antwortete General Trepow, der Kongress sei ungesetzmäßig zusammengetreten, ebenso wie verschiedene Anträge des Kongresses das bestehende Staatssystem gefährdeten.

Solowin hat die Ueberzeugung, daß gegen die Teilnehmer des Kongresses ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden wird.

Eine Verfolgung der Semstwo-Liberalen wäre immerhin eine „Reform“!

Die Kosaken.

Koworosski, 1. August. Auf dem hiesigen Bahnhofe hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen ausländischen Bahnarbeitern und Kosaken stattgefunden. Als die ersten Schienen auf das Gleis niederlegten, um den Abgang eines Zuges zu verhindern, feuerten und hieben die Kosaken auf die Arbeiter ein, nachdem eine dreimalige Aufforderung (!), das Gleis freizugeben, erfolglos gewesen war. Es gab viele Tote und Verwundete.

Reval, 2. August. Die Arbeiter der Dwigatjel-Werke treten hier in den Ausstand. Sie unterbreiteten dem Gouverneur die Bitte, sechs bei den letzten Unruhen Verhaftete freizulassen. Sie erhielten jedoch abschlägigen Bescheid. Daraufhin veranstalteten die Arbeiter der Dwigatjel-Werke und anderer Fabriken einen großen Umzug, der von der Polizei nicht verhindert werden konnte. Herbeigerufene Kosaken schlugen mit ihren Knäulen auf die Menge ein und zerstreuten sie.

Ein Versuch der Arbeiter, das Untersuchungsgefängnis zu überfallen, wurde durch Polizei und Kosaken vereitelt.

Es gibt auch menschgewordene Kosaken.

Aus Koworosski erhält die „Russ. Korresp.“ eine Mitteilung über eine Kosakenauflehnung. Ein ganzes Regiment Kosaken weigerte sich, der Polizei gegen den „Inneren Feind“ Beistand zu leisten. Auch der telegraphische Befehl des Kriegsministers, die Ruhe wieder herzustellen, machte keinen Eindruck.

Der Krieg in Ostasien.

Zur japanischen Landung in der Castrics-Bucht.

Petersburg, 1. August. (Lassan-Meldung.) Die ganze Küstenprovinz am Ostchinesischen Meer, Russlands Ausweg in den Stillen Ozean, ist von den Militärbehörden den Japanern preisgegeben worden, da es sich als unmöglich herausgestellt hat, die Küste und die Usuri-Wandung zu verteidigen. Die Japaner richten in der Castrics-Bucht eine Operationsbasis für 30000 Mann mit 72 Geschützen ein, um das untere Amur-Gebiet zu besetzen. Der militärische Korrespondent der „Russische Wjedomosti“ meldet, die Japaner rüsteten eine adste Operation aus zu Operationen auf Sachalin und längs des Amur.

Japanische Antwort an Witte.

New York, 1. August. (Lassan-Meldung.) Der japanische Friedenskommissar Sato erklärte zu den hierher gefakelten Unterredungen mit Minister Witte an Bord des Kaiser Wilhelm der Große, aus Wittes Aeußerungen gewinne man den Eindruck, daß er keine Vollmacht besitze. Die japanischen Bevollmächtigten würden deshalb Wittes Vgläubigungsurkunden genau prüfen und, falls sich herausstellen sollte, daß er keine Vollmacht besitze, würden überhaupt keine Friedensverhandlungen stattfinden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt hatte nach dem in der letzten Generalversammlung erstatteten Bericht im vergangenen Jahre eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 634. Die Einnahme betrug 2290 M. Die Beratung der Versammlung über den Entwurf zum Organisationsstatut führte zu dem Beschlusse, die Einführung einzellicher Mitgliedsbücher und Marken zu fordern, wobei jedoch die Festsetzung des Wertes der Marken jedem Bezirksverbande überlassen werden soll. Im übrigen erklärte sich die Versammlung mit dem Sinne des Entwurfes einverstanden. Der Referent wies darauf hin, daß den Reichstagsabgeordneten das Recht der Teilnahme am Parteitag nur auf Grund ihres Mandats entzogen werde.

In der Generalversammlung des Zentralwahlvereins für den fünften schleswig-holsteinischen Kreis wurde über den Rückgang der Mitgliederzahl und der Einnahmen gellagt. Die Einnahme betrug 7798 M. Die Mitgliederzahl ist nicht angegeben. Bei der Beratung über die Tagesordnung des Parteitages erklärte der Referent Müller die Aufstellungen des „Vorwärts“ an der Tagesordnung zum Teil als berechtigt an. Die Erweiterung des Massenstreiks hält er für überflüssig. Zum Organisationsstatut ist er der Meinung, daß weder die Reichstagsaktion noch der Parteivorstand und die Kontrollkommission vollständig anwesend zu sein brauchen. Eine Diskussion über diese Fragen fand nicht statt und es wurden auch keine Beschlüsse dazu gefaßt. Jedoch wurde zur Frage der Waise folgende, vom Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Der Parteitag wolle beschließen: In Erwägung, daß in der Arbeiterbewegung die wirksamste Form der Demonstration des Proletariats am 1. Mai für seine höchsten Kulturforderungen zu erblicken ist, fordert der Parteitag die sozialdemokratischen Organisationen in allen Landesteilen dringend auf, mit allem Nachdruck

für die allgemeine Arbeitsschne am 1. Mai einzutreten. Da die Waiseier und die Arbeitsschne am 1. Mai als eine politische Demonstration zu betrachten ist, erachtet es die Partei als ihre zwingende Pflicht, sowohl alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des 1. Mai zu treffen, als auch für etwaige Folgen, die sich aus der Arbeitsschne für die Parteigenossen ergeben, mit ihren Mitteln einzutreten.“

Im Arbeiterwahlverein Mülhausen i. E. wurde über den Entwurf zum Organisationsstatut verhandelt. Durch Beschluß entschied sich die Versammlung dafür, daß die Reichstagsaktion nur durch eine Delegation auf dem Parteitage vertreten sein solle.

Der sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hatte nach der soeben veröffentlichten Abrechnung im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 10296 M. Darunter 1337 M. aus Mitgliederbeiträgen bei 2553 Mitgliedern. Die Mitgliederzunahme betrug 512.

Aus der Kreisversammlung für Mülhausen-Langenfalza ist noch zu erwähnen, daß die Versammlung durch Annahme einer Resolution den Ausführungen Brunwalds zur Tagesordnung des Parteitages zustimmte, die dahin gingen, daß der Entwurf zum Organisationsstatut zu billigen sei und daß die Stellungnahme des Parteitages zum politischen Massenstreik eine Notwendigkeit sei.

Zum Generalstreik.

Am Schluß einer Artikelserie über den politischen Massenstreik und die Sozialdemokratie wird im „Stettiner Volksboten“ die Bedeutung des Massenstreiks für Deutschland erörtert. Der Artikel führt aus, daß für den Fall einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes der politische Massenstreik ein wichtiges Kampfmittel werden müßte. Zwar sei gegenwärtig die Befürchtung einer Wahlrechtsverschlechterung noch verfrüht. Dennoch aber könnte die wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhange mit dem neuen Parlamentarismus die erwartenden Minderheiten in Rußland und der russischen Revolution eine Situation schaffen, die uns zwänge, zur Verklärung der parlamentarischen Aktion an die Massen zu appellieren. Auch die Unsicherheit der internationalen Beziehungen wird als Argument herangezogen. Danach schließt der Artikel:

„Ueberblickt man die Situation, so wird man zugeben müssen, daß wahrlich Gründe genug vorhanden sind, die es wünschenswert erscheinen lassen, daß schon jetzt die hochwichtige taktische Frage des Massenstreiks eine Klärung findet. Bisher gingen die Meinungen über seine Zweckmäßigkeit und Möglichkeit innerhalb der Partei so weit auseinander, daß seine Anwendung in kritischer Zeit völlig ausgeschlossen war. Denn in weit höherem Maße wie jede andere Aktion erfordert der politische Massenstreik zu seiner wirkungsvollen Ausführung unbedingte Einigkeit und Geschlossenheit. Diese herbeizuführen, vermag aber nur ein Parteitagbescheid. Wir begrüßen es daher freudig, daß der Parteivorstand die Frage des Massenstreiks auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages gesetzt hat. Die Zeit, welche der Parteitag auf die Erörterung dieser Frage verwendet, wird keine verlorene sein.“

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider in Bremerhaven nahm folgende Resolution einstimmig an:

Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Bremerhaven des Verbandes der Schneider kann sich mit der Stellungnahme des Ködner Gewerkschaftskongresses zur Waiseier und Generalstreik nicht einverstanden erklären!

Sie billigt die Haltung ihres Delegierten, des Kollegen Timm-München, zur Waiseier, als der Ansicht der Mehrheit der Kollegen entsprechend.

In Anerkennung der revolutionär-agitatorischen Wirkung der Arbeitsschne am 1. Mai erklärt die Versammlung, energischer wie bisher für die Arbeitsschne, als den wichtigsten Teil der Waiseier überhaupt, einzutreten.

Die Versammlung steht nicht an, zu erklären, daß sie in der Berücksichtigung der Waiseier vornehmlich das Werk eines Teiles der Gewerkschaftsbeamten sieht.

Des ferneren erblidt die Versammlung im Generalstreik ein Kampfmittel, dessen Anwendung unter gegebenen Verhältnissen zur Notwendigkeit werden kann!

Aus diesem Grunde, um Klarheit in dieser Frage zu schaffen, hält die Versammlung den Generalstreik nicht nur nicht für „undiskutabel“, sondern eine gründliche Diskussion für notwendig, als im Interesse der Arbeiterorganisation liegend.“

Zum Organisationsentwurf haben in letzter Zeit die sozialdemokratischen Vereine von Hamburg I und II und Altona, Ottensen und Bandsbel Stellung genommen. In allen Versammlungen wurden die in einer Versammlung der Vorstände und Vertrauensleute der Partei-Organisationen gestellten Abänderungsanträge zum Organisationsentwurf angenommen. Sie lauten: zu § 3: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Partei-Organisationen der einzelnen Orte, bei Einzelmitgliedern der Vorstand. Gegen die Entscheidung steht den betroffenen innerhalb vier Wochen die Berufung an die Kontrollenre zu.“ — Der § 4 fällt fort. — Zu § 5: „Die Wiedereinnahme eines ausgeschlossenen kann nur durch die Zustimmung erfolgen, die ihn rechtskräftig ausgeschlossen hat.“ — Zu § 14: „Die plannmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat kann durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben werden, die möglichst an allen Orten im Einverständnis mit den Parteinstanzen gewählt werden.“ — Zu § 15 Ziffer 1 (neue Fassung): „Die Delegierten der Partei, welche der Stärke der Organisation entsprechend, nach — etwa — folgender Etala zu wählen sind: Organisationen der Wahlkreise, deren Zahl 300 Genossen erreicht, wählen einen, bis 1500 zwei, bis 4000 drei, bis 8000 vier, über 8000 fünf Delegierte. Insonderst Frauen keine Mitglieder der Organisation sein können, ist es zulässig, daß weibliche Delegierte in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.“ — Zu § 23 Absatz 2 statt: „Die Wahl der Vorstände, Schriftführer, und des Kassierers“ ist zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes“. Der Absatz 3 im § 23 fällt fort.

Soziales.

Kommunalpolitik.

Die Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung hat beschlossen, die regelmäßige tägliche Arbeitszeit aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter zunächst auf ein Jahr versuchsweise auf neun Stunden herabzusetzen. Ursprünglich verlangte der Antrag den Reunfundentag sofort und ab 1. April 1906 den Ahtfundentag. Gegen den Reunfundentag brachte dann der „sozialpolitische“ Beigeordnete Jopp, ein echter Rationalist, allerlei Einwände und er bewies in langen Gutachten und Exempeln, daß die Stadt dabei sehr schlecht fahren würde. Unsere Genossen bewiesen aber die Unsinnigkeit der Joppischen Gründe so zutreffend, daß der Herr schließlich selber stutzig wurde. Wenn nun unsere Genossen trotzdem auf die Festlegung des Ahtfundentages mit Wirkung vom 1. April nächsten Jahres ab verzichteten, so geschäb das in der Erwartung, daß bis dahin weiteres beweiskräftiges Material für den Ahtfundentag in Offenbach selber gesammelt werden wird.

In derselben Sitzung traf die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag unserer Genossen Maßnahmen zur Bekämpfung des K o h l e n w e r s durch den Kohleiring und die ihm angeschlossenen Händler. Es wurde die Bereitstellung eines Hofenplatzes zu gemeinsamem Bezug und Lagerung von Kohlen für sämtliche städtischen Betriebe und Verwaltungen beschlossen; die Einrichtung soll auch der Abgabe von Kohlen in kleineren Quanten zum Selbstkostenpreis an Kinderbewilligte dienen.

erner wurde die Errichtung einer Mäbherstellungsanstalt im Schlachthofe beschlossen und für Beschaffung von Maschinen, Geräten und Gefäßen wurden 11000 M. bewilligt. Die Organisation des Abhages dieser leimfrei gemachten Milch wird später festgelegt werden. Grundständig soll am Selbstkostenpreise

festgehalten werden, und die Abgabe soll erfolgen in Flaschen, die so viel Milch enthalten, wie ein Säugling auf einmal trinkt. Die Milch wird gefüllt und entsprechend verdünnt; es müssen also Flaschen verschiedener Größe mit verschiedenen bereiteter Milch gefüllt werden. Man hofft, auf diese Weise der Säuglingssterblichkeit entgegenzuwirken zu können und die Maßnahme ist auch um deswillen wichtig, weil viele Mütter, die in der Hausindustrie (Vorsewille) tätig sind, schwer die Zeit zu verständiger und genügender Wartung des Säuglings finden. In vielen Fällen wird sich freilich auch die unentgeltliche Abgabe der Milch nötig machen.

Dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, je einem Arbeiter- und Unternehmerdelegierter und (zum erstenmal) dem Gerichtsreiber wurden Tagesdeber und Meißelkosten zum Besuch der Versammlungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte am 18. und 19. September d. J. in Würzburg bewilligt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein neuer Tarifvertrag für die Kohlleger

Dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Tagen zustande kommen. Die bereits vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, hatten die Kohlleger und Helfer ihren nach dem großen erfolgreichen Streik vor zwei Jahren mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt und zeitgemäße Verbesserungen gefordert. Es haben daraufhin mehrere Sitzungen der beiderseitigen Kommissionen stattgefunden mit dem Resultat, daß man sich auf eine neue Tarifvorlage einigte, die in den wesentlichsten Punkten den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Am Dienstag nahm nun eine beschließliche überfüllte Versammlung der Kohlleger und Helfer im Kellers großen Saal zu der Kommissionenvorlage Stellung. Wieselthal als Obmann der Arbeitnehmer in der Schlichtungskommission erstattete ausführlich Bericht über die Verhandlungen, wobei er hervorhob, daß die Kommissionenvertreter der Arbeitgeber ungleich mehr Sachlichkeit und sozialpolitischen Verständnis entwickelt hätten, als dies bei den anderen Unternehmergruppen der Metallindustrie der Fall zu sein pflegt. Er erläuterte sodann die ca. 30 Paragraphen der Vorlage und empfahl dieselbe mit einigen geringfügigen Änderungen zur Annahme. Die Hauptpunkte der Vorlage als des zwischen dem Arbeitgeberverband im Kohllegergewerbe von Berlin und Umgegend und der Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen-Fachmänner zu Charlottenburg einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, abgesehenen Tarifvertrages lauten ungefähr folgendermaßen:

Die Arbeitszeit beträgt bei Werkstatt- wie Bauarbeit neun Stunden pro Tag. Im Winter oder bei Arbeitsmangel kann die Arbeitszeit verkürzt werden, bevor Entlassungen stattfinden. Sonnabends ist eine Stunde, an dem letzten Arbeitstage vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnstrafung. Der Mindestlohn beträgt für Kohlleger 65 Pf. (früher 65 Pf.) und für Helfer 47 1/2 Pf. (früher 40 Pf.) pro Stunde; auf Bauten 67 1/2 Pf. für Kohlleger und 50 Pf. für Helfer. Alle Kohlleger und Helfer, die bisher schon mehr wie den Mindestlohn verdienen, erhalten eine Lohnzulage von 10 resp. 7 1/2 Pf. Bei Arbeiten, welche über die Postgrenze von Groß-Berlin hinaus liegen, wird Kohlgeld und die Fahrzeitentschädigung gezahlt. Die Lohnzulage beträgt für Kohlleger und Helfer 3 M. pro Tag. In Orten, wo der Lebensunterhalt besonders teuer ist, wird ein entsprechender Aufschlag bezahlt. Fürs Ausland sind besondere Vereinbarungen zu treffen. Überarbeit ist möglichst zu vermeiden, eventuell muß der festgesetzte Lohn gesichert werden. Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden. Alle Ueberstunden in der Zeit von Feierabend bis 8 Uhr abends, welche pro Tag über 9 Stunden gearbeitet werden, sollen — mit Ausnahme bei Reparaturen — nur wenn sie vom Arbeitgeber verlangt, mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Für Ueberstunden auf Bauten, welche ohne Anweisung des Arbeitgebers gemacht werden, wird weder Lohn noch Aufschlag bezahlt.

Sämtliche Werkzeuge sind in gutem Zustande zu liefern. Für sehr schmutzige Arbeiten, welche länger als einen halben Tag dauern, sind Entschädigungen zu zahlen. In den Werkstätten und auf den Bauten Verbot und seiner Vororte sind, wenn ein Arbeitgeber, welcher einer der Vereinigungen angehört, die Verpflichtungen des Lohnzertifikates nicht erfüllt, die Arbeitnehmer unter allen Umständen verpflichtet, die Arbeit nicht früher niederzulegen, als bis die Schlichtungskommission über den Streitfall verhandelt hat. Wenn die Arbeitnehmer trotzdem die Arbeit niederlegen, so darf der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Firma nicht durch seine Preorgane sperren und den Arbeitnehmern, welche der obigen Vereinbarung durch Arbeitsniederlegung zuwidergehandelt haben, keine Streikunterstützung zahlen. Wenn in einer Werkstatt, die den Verbänden der Arbeitgeber als Mitglied nicht angehört, die Arbeit zwecks Durchführung des Lohnzertifikates niedergelegt wird, so verpflichten sich die Verbände der Arbeitgeber: 1. Nachdem der Obmann der Arbeitgeber durch persönliche Rücksprache benachrichtigt ist und festgestellt hat, daß in der betreffenden Werkstatt der zu Recht bestehende Lohnzertifikat tatsächlich nicht innegehalten wird, den Arbeitsnachweis sofort anzuweisen, dem betreffenden Arbeitgeber keine Arbeitskräfte zuzuwenden. 2. Sich durch den Obmann der Arbeitgeber für die Wiedereinstellung der alten Leute zu verwenden, soweit es nach dem Uebereinkommen der beiden Verbände tunlich erscheint. Die Entlassung eines Arbeitnehmers aus dem Grunde, weil er eine Differenz durch die Schlichtungskommission hat ordnen lassen, muß als Maßregelung gelten. Auch die Entlassung von Arbeitern, welche einzeln oder in einer Kommission in ruhiger und sachlicher Weise den Arbeitgebern gegenüber die ihnen laut Tarif zustehenden Rechte vertreten, ist als Maßregelung anzusehen. Sonderverträge gegen den Sinn oder Inhalt des Tarifs sind ungültig. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. September 1908 und ist drei Monate vor dem 1. September 1908 zu kündigen, andernfalls er mit gleicher Kündigungsfrist ein Jahr weiterläuft. (Statt September hatte die Arbeitgeberkommission Oktober gesetzt; doch glaubte die Versammlung an dem Monat September festhalten zu müssen.) Außerdem ist wieder eine paritätische Schlichtungskommission vorgesehen und als letzte Instanz das Einigungsamt des Gewerbegerichts.

In der lebhaften Diskussion wurde besonders die dreijährige Vertragsdauer bemängelt. Jedoch stellten sich die meisten Redner mit der Kommission gemeinsam auf den Standpunkt, daß man deswegen die friedliche Vereinbarung nicht scheitern lassen könne, wie auch andererseits erwartet wurde, daß die Arbeitgeber in ihren beschließenden Versammlungen am Donnerstag und Freitag die von den Kohlleger gewünschten geringen Änderungen der Vorlage ebenfalls noch abgelehnt werden. Die Abstimmung ergab sodann die Annahme der Vorlage mit übergroßer Majorität.

Wieselthal berichtete dann noch, daß in der Kommission auf Anregung der Arbeitnehmer hin auch eingehend über die Arbeitsnachweissfrage gesprochen worden sei. In der Kommission habe man sich dahin verständigt, der Tarifvorlage einen Nachtrag anzuhängen und diesen den beiderseitigen beschließenden Versammlungen ebenfalls zur Begutachtung resp. Sanktion zu unterbreiten. Derselbe lautet:

Bis zum 1. Oktober 1905 ist ein paritätischer Arbeitsnachweis unter Aufsicht der Schlichtungskommission zu bilden. Die Kohlleger, welche nach Entscheidung der Schlichtungskommission nicht fähig sind, als Kohlleger zu arbeiten, erhalten von diesem Nachweis nur als Helfer Arbeit nachgewiesen. Die Arbeitsnachweise des Arbeitgeberverbandes im Kohllegergewerbe und des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin, werden am 1. Oktober 1905 geschlossen. Alle näheren Befugnisse und Einrichtungen des zu bildenden Arbeitsnachweises werden durch ein zu schaffendes Regulativ festgelegt.

Die Versammlung ließ diese Anregung der Kommission einstimmig gut. — Mitgeteilt wurde weiter, daß am Dienstag die Kohl-

leger und Helfer der Firma Lohmeyer die Arbeit niedergelegt hatten. Die Firma hatte kürzlich ihren Leuten die Zahlung der tarifmäßigen Fahrzeitentschädigung verweigert und sich den mißbilligenden Vorstellungen der Schlichtungskommission gegenüber ablehnend verhalten. Als darauf die Arbeiter streikten und auch der Arbeitsnachweis für den Betrieb gesperrt wurde, da bequeme sich die Firma schließlich zur vollen Leistung ihrer tariflichen Verbindlichkeiten, so daß die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen werden konnte.

Einigungsverhandlungen. Die Ritterscher haben das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zur Verlegung des Ausstandes anzufragen. Die Expediteure wollen ebenfalls das Einigungsamt anrufen, falls die Verhandlungen zwischen den Rutschern u. und den Prinzipalen keinen Erfolg haben.

Kühnung, Formier! Die Metallgießerei der Firma Giesecke, Pantow, Schulzestr. 20-24, ist wegen Differenzen für Formier gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Leitergeräthbauer bei der Firma Gutsche in Friedenau dauert unverändert fort. Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden haben sich bis jetzt nicht gefunden. Dagegen hat am Mittwoch wieder eine Kolonne von der Firma Funk u. Co. (Altman) Charlottenburg für Gutsche abgerichtet, also Streikarbeit verrichtet, und zwar unter dem Schutze der Polizei und des Herrn Gutsche. Nur ein Mann von dieser Kolonne erklärte sich mit den Streikenden solidarisch, nachdem die Streikposten darauf hingewiesen hatten, daß es sich hier um Streikarbeit handelt. Bei einer anderen Kolonne von der Firma Altman, welche auch für Gutsche abrufen sollte, gelang es den Streikposten, die ganze Kolonne davon abzuhalten, indem alle sechs Mann sich solidarisch erklärten. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Leitergeräthbauers, dafür zu sorgen, daß der Zugang bis auf weiteres ferngehalten wird.

Kühnung, Kleber! Wegen fortwährenden Tarifbruchs sind folgende Bauten der Firma Scheidgen, Goldendorferstr. 20, gesperrt: Anstufendamm 161, Taurogenerstr. 45, Sophie Charlottenstr. 48. Ferner: Roabit, Kirchstraße, Plotowstraße (an der Kochstraße). Die Kitzhener-Kommission.

Deutsches Reich.

Die Dresdener Metallarbeiter

bestehen sich in einem scharfen Kampf. Seit Dienstag sind die Dreher ausgesperrt und wenn dies nicht den von den Unternehmern gewünschten Erfolg hat, wollen diese nächste Woche sämtliche Betriebe schließen, d. h. circa 8000 Arbeiter aussperrn!

Die Eisendreher, die bis dahin wegen unzulänglicher Organisationsverhältnisse nicht entfernt die gleichen Fortschritte machten, als andere Metallarbeiterkategorien, hatten sich endlich aufgerafft und haben durch die Organisation den Lohnzertifikat ausarbeiten lassen, um dessen Anerkennung sie das Unternehmertum eruchten.

Die Notwendigkeit einer Regelung der Löhne und Arbeitszeiten bei den Drehern wurde schon seit Jahren empfunden, sie trat aber lebhafter hervor, als die im Anfang dieses Jahres angenommene Statistik die traurigen Verhältnisse in vollem Umfang bloßlegte. Zeit begannen die Besprechungen, die mit der Aufstellung eines Lohnzertifikates endete, der am 18. und 19. Juni den beteiligten Fabriken eingereicht wurde. Erst von diesem Tage an datiert die eigentliche Lohnbewegung. Der Tarif bewegt sich auf einer Mittellinie. Er verlangt die neunstündige Arbeitszeit — ferner einen Stundenlohn von 40 Pf. für normale, von 35 Pf. für ausgeleitete Arbeiter, dann eine Aufbesserung der Akkordpreise, die es ermöglichen, daß der Stundenlohn um 30 Prozent überstiegen wird, weil sonst die Aufbesserung des Stundenlohnes keinen Sinn hat. Schließlich verlangten die Dreher 33 Prozent Aufschlag für Ueberstunden und 50 Prozent für Nachtarbeit. Am 18./19. Juni wurde der Tarif eingereicht und Antwort bis zum 28. Juni erbeten. Da die Unternehmer nicht mit dem Verband verhandeln wollten, wurden besondere Kommissionen für die einzelnen Betriebe gewählt — die erste Nachgiebigkeit der Arbeiter. Als eine Einigung trotzdem nicht zu stande kam, traten die Arbeiter immer noch nicht in den Streik, wozu sie ein Recht hatten, sondern sie riefen das Gewerbegericht als Einigungsamt an — die zweite Nachgiebigkeit. Auch hier erklärten die Arbeitgeber nicht. Ehe es zum Streik kam, wurde dann allen Arbeitgebern mitgeteilt, daß man auf die Forderung des Tarifs nicht bestehen wolle, sondern nur einige Verbesserungen wünsche. Gerade in der Maschinenbauanstalt ist am 17. Juli noch einmal eine Kommission gewesen. Die Dreher sind aber wieder hinausgezogen worden und haben endlich die Gebuld verloren. So begann am 18. Juli der Streik.

Die Verbandsleitung hat alles getan, um den Kampf zu vermeiden. Die ganze Schuld an demselben trifft das Unternehmertum.

In drei Versammlungen, welche die Dresdener Metallarbeiter abhielten, sprachen diese den streikenden Drehern ihre Sympathie aus und erklärten, daß an eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken sei.

Die Aussperrung der Färberei-Arbeiter.

Die Meldung bürgerlicher Depeschendirektoren von einer gewissen Niedererschlagenheit der Aussperrten in Gera oder gar einem Abbruch des Kampfes daselbst sind unrichtig. Die von etwa 1200 Personen besuchten Versammlungen derselben regelten lediglich die Frage der Unterstützung und erklärten ausdrücklich, von den Aussperrten werde niemand sich zum Streikbrecher in Glangau und Meerane gebrauchen lassen.

Neben der Konvention der sächsisch-thüringischen Kammergarnfärbereien besteht seit circa fünf Jahren die Vereinigung der Streichgarnfärberei von Reichenaach und Umgegend, welcher 11 Betriebe mit ungefähr 2000 Arbeitern angehören. Als Syndikus fungiert Herr Rechtsanwält Bläugel-Reichenbach. Diese Streichgarnfärbereivereinigung hat sich nun mit den Kammergarnfärbereien solidarisch erklärt und beschloffen, am 7. August ebenfalls sämtliche Arbeiter auszusperrn, wenn bis dahin der Zustand in Glangau-Meerane nicht beigelegt ist.

Die Zahl der Aussperrten beträgt in Reichenaach 1000, Gera 1000 und Greiz 1100. Die Annahme, daß die Aussperrung 12 000 bis 14 000 Färberei-Arbeiter betreffen würde, ist irrig, es kommen nur 6-7000 in Frage.

Ausland.

Die Aussperrung der Eisen- und Metallarbeiter in Schweden geht unverändert fort. Die Unternehmer suchen jetzt im Auslande Streikbrecher zu werden und zu diesem Zwecke sind sogenannte „Ingenieure“ ausgesandt, von denen einzelne in Deutschland ihre Versuche machen. So hat ein solcher in Hannover versucht, Streikbrecher unter den Kessel- und Kupferfärbereien zu werden, dank der Wachsamkeit der dortigen Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes jedoch ohne Erfolg. Die Arbeiterschaft wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß die gesamte schwedische Metallindustrie 17 000 Arbeiter ausgesperrt hat, weil sie sich der Unternehmertum nicht beugen wollen. Der Kampf, der die skandinavische Arbeiterschaft verhältnismäßig riesenhimmeln kostet, geht unverändert fort. Eisen- und Metallarbeiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß ganz Schweden gesperrt ist. — Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse unternimmt Sonntag, den 6. d. M., eine Wanderpartie, aber nur für Erwachsene, nach Wannsee-Pfaueninsel-Moorlake-Sakrow. Abfahrt:

Berlin, Wannsee-Bahnhof 8 Uhr 30 Min., Bahnhof Friedrichstraße 8 Uhr 17 Min. Frühstückspause: Wannsee, Rest Reichsadler für Nachzügler bis 10 Uhr. Proviant ist mitzubringen.

Die Einigungsverhandlungen im rheinisch-westfälischen Baugewerbe gescheitert!

(Telegraphischer Bericht des „Vorwärts“.)

Ueber den Gang der Einigungsverhandlungen geht uns folgender zusammenfassender Bericht zu: Beide Parteien hatten am 25. Juli einstimmig beschlossen, am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, zu einer Einigungs-Kommission im Essener Rathhaus zusammen zu treten. In diese Kommission sollten nach dem einstimmig angenommenen Antrage des Arbeitgeberbundes kompetente Leute gesendet werden, die bündig erklären könnten, daß die etwaigen Beschlüsse der Kommission auch zur Ausführung gelangen. Der Arbeitgeberbund, die christlichen Gewerkschaften und die freien Gewerkschaften sollten je 5 Herren deputieren. Zum Obmann wurde der Beigeordnete Dr. Biedfeld, zu Weisßern der Bergwerksdirektor Tengelmann und der Stadtverordnete Arbeitersekretär Bloch gewählt. An den Verhandlungen nahmen teil: seitens des Arbeitgeberbundes für die rheinisch-westfälischen Industriegebiete: Baumunternehmer Karl Radowitz (Rangendroer), Karl Fröh, Schmiedehausen (Essen), Fröh Schulte (Dortmund), H. Walter (Niedlinghausen), seitens des Zentralverbandes christlicher Bau- u. Bauhilfsarbeiter Deutschlands: G. Gebhard (Köln), A. Schmidt (Wodum), Stumrod (Gelsenkirchen), Friedrich Werner (Wodum), seitens des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands: E. Efftinge (Samburg), F. Kahl (Dortmund), seitens des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands: J. R. Schröder (Samburg), Jansen (Düsseldorf), seitens des Verbandes der gewerblichen Bau- u. Hilfsarbeiter Deutschlands: Gustav Behrendt (Düsseldorf) und Ahrends (Düsseldorf). Die Forderungen beider Parteien standen sich anfänglich sehr scharf gegenüber. Die Arbeiter erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls die Unternehmer sogleich mit Aufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung um 3 Pf. (also für Essen von 52 Pf. auf 55 Pf.) und vom nächsten Jahre ab um weitere 5 Pf. bei einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zugestanden. Die Arbeitgeber lehnten für das laufende Jahr jede Lohnerhöhung ab und forderten bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Die etwa vierstündigen teilweise sehr lebhaften Verhandlungen endeten damit, daß die Vertreter der Arbeitgeber für diejenigen Orte, an denen vorher ein Tarif bestanden hat, eine Lohnerhöhung um 1 Pf. am 1. Dezember und um weitere 2 Pf. am 1. April 1906 in Aussicht stellten, während die Arbeitervertreter eine Lohnerhöhung um 2 Pf. zum 1. September an allen Orten forderten. Die Verhandlungen wurden am 29. Juli unter Mitwirkung des Reichstags-Abgeordneten Bömelburg im Essener Rathhaus fortgesetzt. Beide Parteien machten Zugeständnisse. Das letzte Angebot der Arbeitnehmer wurde dahin formuliert: in dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, soweit sich der Arbeitgeberbund erstreckt, sollen unter Außerlassung der jetzt bestehenden Lohnsätze nach Wiederaufnahme der Arbeit vom 1. September dieses Jahres die Löhne der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter um 2 Pf. und vom 1. Januar 1906 um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Diese Löhne sollen bis zum 1. Mai 1908 gelten. Es wird dafür eingetreten, daß die Arbeitszeit für das Baugewerbe einheitlich auf 10 Stunden festgesetzt wird.

Die Vertreter des Arbeitgeberbundes erklärten sich bereit, in der Versammlung am Montag diese Vorschläge energisch zu befürworten. Die an diese Sonnabendverhandlungen geknüpften Friedenshoffnungen sind bitter geäußert. Die Bundesversammlung der Arbeitgeber lehnte nämlich am Montag einstimmig ab, vor dem 1. April 1906 eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen und erklärte sich nur „geneigt“, nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse hinsichtlich einer Lohnerhöhung für 1906 die Verhandlungen fortzusetzen. Dieser Beschluß wurde gestern der Einigungs-Kommission mitgeteilt; durch ihn sind die Einigungsverhandlungen gescheitert. Donnerstagmittag soll die soziale Kommission der Stadtverordneten im Essener Rathhaus zusammentreten.

Eingegangene Druckchriften.

Neueste Armeeeinteilung. Vollständige Uebersicht und Unterhaltliche des gesamten Deutschen Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutzbrigade mit Angabe der Ober- (Zusatz), Kurp-, Division-, Brigade- und Regiments-Kommandeure, der Bezirkskommandos, der Truppenübungsplätze, Schießplätze usw. Bearbeitet nach amtlichen Quellen. 164. Ausgabe nach dem Stande vom 1. April 1905. Berlin, Richard Schröder (norm. Ed. Dörings Erben). Preis 40 Pf.

Der sündländische Landtag 1904-1905. 50 Seiten. Preis 1.- M. Verlag Dunder u. Humblot.

„Mafaferszeitung“. Ausgabe des Bundes. Expedition: Gondvo, 18 rue de Carouge.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Untergang eines deutschen Handelsschiffes.

Hamburg, 2. August. (W. Z. B.) Die Hamburger Post „Luisa“, Reederei Thormählen, ist wie das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet, in der Nordsee infolge einer durch entstandenes Feuer verursachten Explosion gesunken. Die Mannschaft ist gerettet worden.

Sur Flottenentwicklung in der Ostsee.

London, 2. August. (W. Z. B.) Unterhaus. O'Dowd (Nationalist), der die Anfrage angehängt hatte, ob angesichts der in Deutschland erhobenen Proteste die Manöver des englischen Geschwaders in der Ostsee nicht stattfinden sollten, hat in der heutigen Nachmittags-Sitzung diese Anfrage nicht gestellt. Er erklärte, er habe sie aus dem Grunde unterlassen, weil die ursprünglichen Vorbereitungen für die Manöver der englischen Flotte aufgehoben seien und daher keine Gefahr für internationale Verwickelungen vorläge. — Das „Reuter'sche Bureau“ bemerkt dazu, daß O'Dowd vollkommen faßlich unterrichtet sei, wenn er annehme, daß die Vorbereitungen aufgehoben sind, und daß die Antwort, die der Parlamentarische Sekretär der Admiralität für die Admiralität hat angeben wollen, lautete: Ein Grund zum Protestieren liegt nicht vor und es sind auch keine Proteste an uns gelangt. Lawrence (Cons.) fragt, ob zwischen England und Portugal irgend ein Handelsvertrag bestünde, ähnlich dem portugiesisch-deutschen Vertrag und ob das Auswärtige Amt daran denke, daß der britische Handel auf Madeira infolge der Zugeständnisse, die Deutschland gemacht oder von Deutschland gefordert seien, in Gefahr sei. Unterstaatssekretär des Aeußeren Carl Percy erwidert: Die britische Regierung hat keine Kenntnis von den erwähnten Zugeständnissen. Sie steht mit der portugiesischen Regierung in Unterhandlung.

Livorno, 2. August. (W. Z. B.) Der hiesige deutsche Konsul R. Rieman ist gestorben.

New York, 2. August. (W. Z. B.) Der Präsident des russischen Ministerkomitees Witte ist heute vormittags 11 Uhr mit dem Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große“ in New York angekommen.

Haus Industrie und Handel.

Ein Erfolg der Handelsverträge.

Bereits bei der Beratung der mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz abgeschlossenen neuen Handelsverträge im Reichstage wurde von den Vertretern unserer Partei darauf hingewiesen, daß diese Verträge einerseits die Verdrängung von deutschen Fabrikbetrieben jenseits der Grenze in den österreichischen und russischen Grenzstädten zur Folge haben würden, und daß andererseits die ausländischen Industriellen verschiedener solcher Branchen, denen ein erhöhter Zollschutz zugestanden worden sei, ihre Fabriken beträchtlich erweitern und neue Anlagen schaffen würden. Noch trennt uns ein ziemlicher Zeitraum von dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und schon drängen aus den verschiedensten sächsischen Industriebezirken, vornehmlich aus Sachsen, allerlei Klagen darüber an die Öffentlichkeit, daß ein Teil der dortigen Großindustriellen sich anseht, jenseits der Grenze in den Fabrikstädten Oesterreichs Fabrikwerke anzulegen, um sein bisheriges Absatzgebiet in jenen Gegenden nicht zu verlieren. Besonders ist es die sächsische Textilindustrie, die zu derartigen Maßnahmen greift. Und die fremdländischen Regierungen suchen natürlich im eigenen volkswirtschaftlichen und fiskalischen Interesse diesen Zug nach Kräften zu fördern.

Auch aus den rheinischen Textilbezirken wird neuerdings gemeldet, daß von österreichischer Seite versucht wird, deutsche Industrie zur Auswanderung zu verleiten. So heißt es zum Beispiel im letzten Sitzungsbericht der Handelskammer zu Mönchengladbach:

Die Wirkung des neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrags, der bekanntlich für Oesterreich-Ungarn in einer Reihe von Positionen erhöhte Industriezölle vorsieht, macht sich bereits infolge dessen geltend, als sich in Oesterreich-Ungarn öffentlichen Bestrebungen regen, welche die durch die erhöhten Industriezölle gegebenen besseren Produktionsbedingungen auszunutzen suchen durch Heranziehung von Industriezweigen aus dem Deutschen Reich. Diese Bestrebungen gehen soweit, daß man sich dabei sogar der Mitwirkung deutscher Handelskammern zu bedienen sucht. Der Handelskammer liegen augenblicklich zwei derartige Anfragen von österreichischen Städten vor. Ferner gelangte an sie durch Vermittelung eines rheinischen Vereins eine Anfrage eines österreichischen Konsulats, das um Auskunft bittet, welche Artikel der Textilbranche, sowohl Wollstoffe wie Gewebe, unter Berücksichtigung der heute noch gültigen und der 1906 neu in Kraft tretenden Zollbestimmungen vorteilhaft und nutzbringend aus Rheinland-Westfalen nach Oesterreich-Ungarn zu exportieren sind. Nach Ansicht des Vorstandes bezweckt diese Anfrage, festzustellen, welche von den bisher nach Oesterreich-Ungarn ausgeführten Textilwaren künftig nicht mehr vorteilhaft dorthin abgesetzt werden können, auf deren Ausfuhr keine Selbstverpflichtung sich daher die österreichisch-ungarische Industrie bereits jetzt vorbereiten und einrichten kann. Der Vorstand hat aus diesem Grunde sich allen diesen an die Kammer herangetretenen Anfragen gegenüber ablehnend verhalten. Er hält es für angebracht, dem Herrn Handelsminister über dieses Vorgehen zu berichten und ihn zu bitten, daß er die deutschen Handelskammern im Wege eines vertraulichen Erlasses auf diese Bestrebungen hinweist.

Bisher geht die Auswanderung nur nach Oesterreich-Ungarn; es ist aber zweifellos, daß, wenn nicht in Kurzem jenseits das Wirtschaftstreiben danniederlägt, ein Teil der deutschen Industriellen auch dort Fabrikbetriebe einrichten würde. So erwächst der deutschen Industriearbeiterchaft aus den neuen Handelsverträgen nicht nur eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, sondern zugleich eine Verringerung der Lebensmittelpreise, ergänzt durch Arbeitslosigkeit! Doch was macht das, wenn es nur den Geistes der Nation, den ostelbischen Großgrundbesitzern, zum Vorteil gereicht.

Embden Seehandel im ersten Halbjahr 1905. Die Güterbewegung im Seeverkehr Embdens ist nach den beiden letzten Quartalsberichten des Regierungspräsidenten zu Aurich während der ersten Hälfte des laufenden Jahres sehr lebhaft gewesen. Während sich im ersten Semester 1904 die Aus- und Einfuhr seewärts auf 804 128 Tonnen belief, steigerte sie sich im ersten Semester des gegenwärtigen Jahres auf 406 791 Tonnen. Diese wesentliche Zunahme entfällt

allerdings ausschließlich auf die Einfuhr; letztere bezifferte sich auf 804 176 Tonnen gegen 196 762 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr weist hingegen einen kleinen Rückgang auf. Die genannten Daten der Güterausfuhr über See sind folgende: im ersten Halbjahr 1905 102 616 Tonnen, im ersten Halbjahr 1904 107 376 Tonnen.

Unter den Einfuhrgütern stehen Erz mit 100 799 Tonnen, Getreide mit 91 019 und (englische) Kohlen mit 87 681 Tonnen obenan. Im Güterexport kamen am meisten Kohlen, in zweiter Linie auch Eisenbahnmateriale wie Eisenbahnschienen, -schwellen, -brückensteile und dergleichen zur Verwendung. Unter den Meeresreien des Emden Seeverkehrs befanderte am meisten Güter die Hamburg-Amerika-Linie: ihre Schiffe brachten 58 028 Tonnen an und nahmen 10 801 Tonnen weg. Der Vereinigten Dampfer- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft (ebenfalls eine Hamburger Reederei) gehörte mit 8543 Tonnen Einfuhr und 20 391 Tonnen Ausfuhr der zweite Rang. In der Hauptrolle waren vier Hamburger, zwei Bremer, eine Emden (die Emden-Walms-Linie) und eine Dortmund-Emden-Needersee (die Westfälische Transport-Actiengesellschaft) an dem Emden Seeverkehr des letzten Halbjahres beteiligt.

Gerichts-Zeitung.

Gegen einen Gyganner und Heiratschwindler sollte gestern vor dem ersten Kreisstrafgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Diez ein umfangreicher Vertragsprozeß verhandelt werden. Wegen wiederholten Betruges um eine Gesamtsumme von über 21 000 M. war der 25jährige Kaufmann Johann Döbel alias Dzubiel angeklagt. Der bisher unbescholtene D. hatte die Vertretung mehrerer Firmen, so auch die Vertretung einer Firma Haas in Ronsdorf, für Königsdorf übernommen. Um sein Unternehmen weiter auszustatten zu können, suchte er einen Geldmann. Er fand diesen in der Person eines Kaufmanns Hansen, der etwa 6000 M. an den Angeklagten als Geschäftseinlage einzahlte. Er war von der Reklamtät des Döbelschen Unternehmens völlig überzeugt, weil dieser ihm versichert hatte, er habe 15 000 Mark auf einem Gute zu stehen, außerdem habe er einen reichen Onkel, der eventuell für ihn einspringen würde. Die Hoffnung auf den von Döbel versprochenen Jahresumsatz bis zu 300 000 Mark verleitete Hansen, seine gute Stellung aufzugeben und sich mit ihm zu assoziieren. Das ganze Unternehmen hatte ein völliges Fiasko, der Angeklagte selbst beschloß sein Vermögen und konnte infolgedessen auch nichts verlieren. Der Kaufmann Hansen verklagte dagegen den Verlust von über 10 000 M. Döbel verschwand eines Tages aus Königsdorf, nachdem er dort noch verhaftet hatte, durch andere betrügerische Manipulationen Geld zu erlangen und kam nach Berlin, um sich hier durch eine reiche Heirat wieder auf die Füße zu helfen. Durch einen Heiratsvermittler Hodegus wurde der Angeklagte auf die Tochter eines Zigarrenhändlers B. in Friedrichshagen hingewiesen, mit der er sich schon am 11. Dezember v. J. verlobte. Er ließ sich von der nicht unvermögenden Dame Vollmacht geben. Als bald darauf der Vater des Fräuleins B. verstarb, benutzte D. diese Vollmacht, um dessen Geschäft hinter dem Rücken der übrigen Erbberechtigten zu einem Spottpreise zu verkaufen. Zugleich kassierte er unberechtigt die Mieten von dem B'schen Hause ein. Als D. mit diesem Gelde die Hypothekenzinsen bezahlen sollte, tat er dies nicht, sondern verduftete nach Berlin, wo er längere Zeit im „Leipziger Hof“ wohnte. Fräulein B. war inzwischen durch die ganzen Vorgänge so nervös geworden, daß sie sich um nichts mehr kümmerte und ein Sanatorium in Pantow aufsuchen mußte. Als er schließlich von Verwandten des Fräuleins B. im „Leipziger Hof“ ermittelt wurde, gestand er offen ein, die Hypothekenzinsen noch nicht bezahlt, vielmehr das Geld für sich verwendet zu haben. Als Fräulein B. aus dem Sanatorium herauskam, ließ sie sich verheiraten, dem Angeklagten eine Märgschaft über 5000 M. zwecks Gründung eines Geschäfts zu geben. Auf Grund dieser Märgschaft verschaffte sich D. Geld, welches er zum Bezahlen von Schulden verwendete. Außerdem soll der Angeklagte auch noch seiner Braut ein Sparfassenbuch über 200 M. und zwei Trauringe auf betrügerische Weise abgenommen haben. Schließlich kam Fräulein B. hinter die Schwindeltriebe ihres „Bräutigams“, der inzwischen schon Berlin den Rücken gewendet hatte. Vordem hatte er noch versucht, sich auf betrügerische Weise einen Hypothekensandbrief über 6000 M. zu erschwindeln. Dieses Mandat wurde indessen durch den Rechtsanwalt Sch. in Friedrichshagen noch rechtzeitig durchkreuzt. Von Berlin ging der Angeklagte, der völlig mittellos war, nach Magdeburg, wo er in dem dortigen Zentral-Hotel den Oberkellner um 15 M. erleichterte. Schließlich beging er bei dem Gastwirt Trauts in Ronsdorf noch eine Zechprellerei, bei welcher er festgenommen wurde. Vom 18. Februar d. J. an befindet sich Döbel nunmehr im Moabitler Untersuchungsgefängnis. Zu der geistigen Verhandlung hatten die Rechtsanwälte Dr. Schmidt und Rendt einen größeren Entlastungsbeweis angetreten. Infolge der Hochsaison waren mehrere Zeugen nicht erschienen. Obwohl der Angeklagte länger in Untersuchungshaft sitzen muß, erklärte er, auf keinen Zeugen verzichten zu können. Der Gerichtshof mußte deshalb die Sache vertagen. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Verstoß gegen eine Polizeiverordnung über den Milchhandel. Der Milchhändler Wiese zu Berlin war wegen Vergehens gegen § 9 der für den Landes-Polizeibezirk Berlin ergangenen Polizeiverordnung vom 18. März 1902 angeklagt worden, wonach die Abdichtung von Eimern von Milchgefäßen mit Stroh und deren Verwendung verboten ist. W. hatte von Landwirten Milch in derartig abgedichteten hölzernen Gefäßen bezogen und sie vom Bahnhof abgeholt. Er bestreitet, strafbar zu sein. Die Lieferanten hätten jene Abdichtung mit Stroh vorgenommen, und er habe keinen Einfluß auf ihre Entschließung darüber, was für Gefäße sie verwenden und wie sie sie verdrichten wollten. Er habe die Milch auch nicht in dem Geltungsbezirk der Verordnung eingeführt. Als Einführer der Milch seien die ländlichen Lieferanten anzusehen. — Das Landgericht Berlin I als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem es ihn für den Einführer erachtete. — In der von Wiese eingelegten Revision wurde hauptsächlich betont, daß er nicht als Einführer der Milch angesehen werden könne. Das Kammergericht, welches die Verordnung mit Rücksicht auf die §§ 60 und 1 des Polizeiverwaltungs-gesetzes für rechtsgültig hält, verwarf am 2. August die Revision mit der Begründung: Es könne außer Betracht bleiben, ob Angeklagter der Einführer der Milch sei oder nicht. Jedenfalls siehe fest, daß er zu drei verschiedenen Malen Milchgefäße, deren Dedel mit Stroh verdrichtet waren, in seinem Milchhandelsverlehr verwendet habe. Das genüge nach der Verordnung zu seiner Verurteilung.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-gesellschaften. Zweigverein Berlin. Donnerstag, abends 10 Uhr, Versammlung im Schultheiß, Alexanderstr. 23. — Zweigverein Rüdow. Donnerstag, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14, Mitgliederversammlung.

Berliner Marktpreise. (Ermittelte vom Vorkel-Bräuhaus.) Buttergerste, gute Sorte, 1 Doppelzentner 15,80 (15,10), mittel 15,00 (14,30), geringe 14,30 (13,60). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,50), mittel 15,40 (14,60), geringe 14,40 (13,60). frei Wagen und ab Bahn. Roggen 5,00 (4,65). Gerst, neu, 6,80 (6,00). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Spelzbohnen, weiße 50,00 (30,00). Bohnen 60,00 (30,00). Kartoffeln 10,00 (5,00). Rindfleisch, von der Waage, 1 Kilo 1,80 (1,40), Kalbfleisch 2,20 (1,80), Hammelfleisch 1,90 (1,40), Schweinefleisch 1,80 (1,40), Kalbfleisch 2,20 (1,80), Hammelfleisch 1,90 (1,40), Kalb 3,00 (1,60), Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karbonen 1 Kilo 2,20 (1,40). Rale 3,00 (1,60). Bänder 3,50 (1,40), Heide 2,80 (1,40), Barche 2,00 (1,00), Schleie 3,00 (1,20), Blei 1,60 (0,80), Streife (60 Stück) 20,00 (3,00).

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. August 1905. Ausfließen, nachts etwas kühler, am Tage wärmer bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 1. August. Elbe bei Magdeburg — 0,34 Meter, bei Dresden — 1,69 Meter, bei Magdeburg + 0,90 Meter. — Uffert u. U. bei Straußfurt + 1,15 Meter. — Oder bei Rathow + 0,72 Meter, bei Breslau Ober-Bege + 4,70 Meter, bei Breslau Unter-Bege — 1,64 Meter, bei Frankfurt + 1,34 Meter. — Elbe bei der Bräuhütte + 2,58 Meter. — Warthe bei Posen + 0,30 Meter. — Rega bei Uff + 0,86 Meter.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 3. August. Anfang 7 1/2 Uhr: René Operntheater. La Traviata. Anfang 8 Uhr: Kleines, Familienidyll. Die Neuvermählten. Zentral. Die Gescha. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Troubadour. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Geschlossen. Westen. Die Liebeschule. Lustspielhaus. Der dankbare Julien. Thalia. Amor in New York. Carl Weh. Lehmanns Abenteuer. Belle-Alliance. Gen. Ill. Weg. Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Engel-Lanzel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten. Metropol. Die Herren von Maxim. Herrfeld. Die Reyerhains. Berliner Opern-Theater. Don's Ref. Anf. 7 Uhr. Stadt-Theater Moabit. Müller Gräbert. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstr. 48/49. Tierleben in der Wildnis. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 105. Neu!! Der Matroso Matuschenko vom Panzer „Kajsa Potemkin“, der Pope Gapon! Maxim Gorki!

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 105. Neu!! Der Matroso Matuschenko vom Panzer „Kajsa Potemkin“, der Pope Gapon! Maxim Gorki! Lustspielhaus. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Herr Substitut. Der dankbare Julien. Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Zum 102. Male: Die Meyerhains.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Komödie-Oper. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bötel. Der Troubadour. Große Oper in 4 Akten von G. Verdi. Freitag, abends 8 Uhr bei halben Preisen: Der Froschsüß. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die verkaufte Braut. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.) Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Geschlossen. Sonntag, abends 8 Uhr: Gastspiel der Morwio-Oper und Heinrich Bötel: Der Postillon von Lonjumeau. Billetterverkauf täglich. Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr, nachm. Sonntag, 3. Wochent. 5 Uhr. Madame du Dion! Exzentrikerin der Sahara. Fernande Robertine in dem Minodrama „Die Hand“. 14 sensationelle Nummern. Neu eingeführt: Nummerierte Plätze.

Metropol-Theater

Bender x Giampietro Massary x Frid Frid. Zum 270. Male: Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Akten. Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Heute Donnerstag, den 3. August: Zwischen Himmel und Erde. Gr. Ausstattungsspiel in 3 Akten. Neue Dekorationen und Kostüme. Fred Seylon mit seinen vier Bären. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Apollo-Theater.

Heute: Debüt der neuen August-Spezialitäten. Prolongiert! Die amerikan. Burlesk-Kompagnie mit ihr. Uff! Ein Abend in einem amerikan. Eigel-Lanzel. Dazu Hochzeitsabend von P. Lincko.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshalm. Täglich: Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Volksbelustigungen. Jeden Abend 10 Uhr: Der Fluch des Goldes. Volksspiel mit Gesang in 3 Akten. Jeden Mittwoch: Kinderfest mit Gratisverlosung.

Victoria-Bräuerei

Lützowstr. 111/112. Täglich: Horst's Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Reichshallen.

Bon nun an wieder täglich: Stettiner Sänger. Anfang: 8 1/2 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdowdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Hochzeitsabend: Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Otto Pritzkows

Abnormalitäten-Ausstellung. Mühlstr. 10. Neu ! ! ! ! ! Neu ? Mne-Mno-Mni ! ? frei in der Luft fliegende Tärkin Anatom. Atlas. Mod. Wunder. Neu renoviert! Neu renoviert!

Carl Weiß-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 182. Lehmanns Abenteuer auf dem russ.-jap. Kriegsschauplatz. Anf. 8 Uhr. Morgen dieselbe Vorstellung. Im Sommergarten: Benefiz für Scheibach u. Frey. Benefiz, Geste und neues August-Programm. Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

Horikplatz. Täglich im großen herrlichen Garten: Streich-Konzert. Ricardo Munez. Bei ungünstigem Wetter im Saal.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16. Täglich (bei schönem Wetter im Garten, bei schlechtem Wetter im Saal): Konzert, Theater, Spezialitäten. Choros. Volksstück mit Gesang aus dem 17. Jahrh. v. Köhler. Anfang: Sonntag, 8. Wochent. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee Nr. 148. Täglich: Konzert, Spezialitäten. Die größte Sensation Berlins: Die Todesfahrt im Höhen-Loch von der Stadt-Comp. Nachh. Großer Tanz. Kaffeefache. Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrig 50 Pf.

Paul Schwarz' Sommer-Theater

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26. Täglich: Konzert. Große Spezialitätenvorstellung. Das großart. August-Programm. Anfang 5 Uhr. Jeden Mittwoch: Elite-Tag.

Neues kgl. Opern-Theater.

Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr. Gastspiel Henry Gindermann vom Stadttheater in Hamburg: La Traviata. Freitag: Gastspiel Luisa Höfer: Carmen. Sonnab., neu einstud.: Die Bohème (Puccini). Sonntag: Sorangie: Carmen.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr. Die Neuvermählten. Vorher: Familienidyll. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Nachtsayl.

Hasenheide 108/114 **Neue Welt** Arnold Scholz

Donnerstag, den 3. August 1905: **Elite-Tag.**

Großes Doppel-Konzert

ausgeführt von der königl. Bergwerkskapelle „Kallberge“ unter Leitung des königl. Kapellmeisters Kühne und der 40 Mann starken Hauskapelle unter Leitung ihres Dirigenten Berthold Bothe.

Monster-Feuerwerk

des Pyrotechnikers A. Bock.

Gala-Spezialitäten-Vorstellung.

Das gänzlich neue August-Programm. 38992
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Inhaber von Basspartoutts zahlen 25 Pf. pro Person nach.

Achtung! Dienstag, den 8., und Freitag, den 11. August 1905:
Pain's Monster-Kaiser-Feuerwerke
mit den größten pyrotechnischen Neuheiten u. Ueberraschungen.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation.

Es kühlt! Täglich! Es regnet!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Programm,
das größte und beste
Berlins.

40 Sensations-Nummern.
Entree Wochenabends 20 Pf., Sonntags
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg

Röderstr. 6.

Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Noch nie dagewesen!
Kaufmann des
phänomenalen
Meisterfahrs
mit seinem konkurrenzlosen
**Feuer-Flammen-Todes-
Hindernissprung.**
Um 9^{1/2} und 10 Uhr:
Kaufmann des weltberühmten Turmsoll-
künstlers „The Liepelt“.
Brilliant-Land- u. Wasser-Feuerwerk.
Größt. Spezialitäten, Theater
u. Ball. **Wochenabends 10 Pf.**

Bernhard Rose-Theater

Schubbenbrunn, Badstraße 58.

Heute: Großer Elite-Tag.
Das Sensations-August-Programm.

Bella Field, die schwarze Nachtigall,
Rahmo Brothars, Sprungschleuderbreit-
Akrobaten. **Seville u. Piccolo**, ein
Blattellstücken im Café. **The Boyerets**,
Grottest-Exzentrik-Act.
The Newsomnes, atrob. Kombination.
The Bertins, Arthur Wolff, Paul
Coradini sowie **Die Loreley**.
Anfang 9^{1/2} Uhr. Am Saal: Gr. Ball.
Entree 30 Pf. Nummer Platz 50 Pf.

**Zoten Sonntag sowie Sonnabende
im Herbst noch frei.**

„Altes Schützenhaus“

Liniestr. 5

empfehl. seine Sals. 3435*
Jeden Sonntag:
Ball.
Einige Sonnabende sind noch frei.

Dr. Lell wohnt jetzt:
**Rosenthaler-
strasse 26 II.**
Homöopath und Spezial-Arzt
für Haut-, Horn- und Geschlechts-
11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Buss' Salon,

Große Frankfurterstr. 85.

Hühner, Enten, Tauben, Ruten,
Zucht-Hühner.
4 Monat alt, empfehl. F. Wagner,
Berlin S.O., Mariannenstr. 34. 22/3

Zentral-Verband der Dachdecker.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 6. d. M., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Hier 15 (Saal I): 54/14

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die örtliche Organisation und unter Tarifabschluss. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. Künstliche Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: **Gr. Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**

Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8801. Max Klem.

Feys Gesellschaftshaus, Brannen- straße 184.

Empfehle meinen bis 500 Personen fassenden Saal den wertvollen Vereinen
zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten. 1235*

Dampfer-Extrafahrten.

Täglich, außer Sonntags, nach Friedrichs-
hagen (Müggelschloß). Abfahrt vorm. 9^{1/2} u. nachm. 3 Uhr. Stralauer
Brücke, See-Bahnenbrücke. Rückfahrt 8 Uhr, vorher Rundfahrt auf der Müggel.
Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. Kinder 25 Pf. 38972*

Emil Hübnor, Galtwitz. L. Kahal, Stralau, Amt VII, 580.

Eine kühle Blonde

ist und bleibt das erfrischendste Getränk!
Das beste **Champagner-Weißbier** liefert frei Haus
10 Flaschen 3 M.

Fritz Dierberg, Bier-Großhandlung.

Greifswalderstr. 228. Telefon VII 3672.
Für Fabriken und Wiederverkäufer Engros-Preise.

Achtung, Vereine!

Für Sommer- und
Kinderfeste empfohlen!

Stoßlaternen, Fackeln, Schärpen,
Kopfbekleidungen, Illuminat.-Laternen, Dekorations-
Girlanden, Verlosungs-Artikel.
Karten, Samen, Reglerpreise, Jag- u. Jagzartitel,
Feuerwerk, Festtagszeichen.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.

Pohl & Weber Nachf., Berlin C.

Am Spittelmarkt 4/5 I Alexanderstr. 51/52
(früher Neue Jakobstr. 8.) am Alexanderplatz.
Kataloge gratis und franko. Versand nach außerhalb.

Von der Reise zurück 21/19

Dr. med. C. S. Engel.

Spezialarzt für innere Krankheiten,
S.W., Friedrichstr. 42.
Bakteriologisches Laboratorium
Friedrichstr. 125.

Dr. Simmel, Prinzen- str. 41,

Spezialarzt für 21/19*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Nach beendeter Saison

Ausnahmepreis!

Reichgesteckte Portieren

Die komplette Dekoration
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in **Viktoriafuch** 525 (Wert 8,50)
in **Wollserge** 585 (Wert 10,50)
in **Plüsch** 1050 (Wert 16,00)

Eine Partie Wollportieren mit
allerliebster Blumenkante per
Schal 2 Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog ca. 500
gratis u. franko. Abbild.

Extra billig! div. Teppiche

mit kleinen 3814L*
Webefehlern!

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 31. v. M. verstarb unser
Mitglied, der Schriftföhrer
Gustav Reschke.
Ehreeinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 3. d. M., nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Nichthofs
(Niedorf, Hermannstr.) aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
239/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kohrlieger
Ernst Koschel
am 30. v. M. gestorben ist.
Ehreeinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 3. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heiligengraben-Nichthofs
in Mariendorf aus statt.
Nege Beteiligung erwartet.
121/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Schmied
Ehregott Kuhl
(genannt Heinrich)
nach kurzen schweren Leiden am
1. August sanft verschieden ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. August, 4^{1/2} Uhr,
von der Charité aus statt. 38992
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Genossen
die traurige Mitteilung, daß mein
lieber Mann am 31. Juli an der
Proletarierkrankheit verstorben ist.
Die trauernde Witwe
Marie Fagerstein.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes und Bruders **Max
Zorn** sage ich seinen Freunden und
Kollegen unseren herzlichsten Dank.
4335 **Adolf Zorn.**

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Stegdecken billigst **Recht Groß**
Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Teppiche mischfarbenschöne **Jahres-
niederlage** Große Frankfurterstr. 9,
parterre. 437*

Teppiche! (sehrbaste) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager **Bräun, Odeleser
Markt 4, Bahnhof** überse. 251/19*

Gardinehaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 437*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
validenstr. 148 (Uingang Berg-
str.) Große Frankfurterstr. 56,
Einfahrtstr. 40. 7098*

Zofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Andreasstr. 35. 7088*

**Seidenblusen, Wolllblusen, Woll-
blusen** von 1 Mark, Kostümzüge von
2 Mark an Blumenstr. 9 II. *

Strickmaschinen, auch Teil-
zahlungen. **Revered, Engelstr. 20.**

1000 neue Nähmaschinen gebe an
Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-
schiff, hocharmig, komplett, mit
allen Apparaten. Elegante Aus-
stattung, drei Jahre volle Garantie.
Vollmann, Gellertstr. 25, nahe
der Landbergerstr. Alle Maschinen
nehme in Zahlung. 6685*

Wohlelegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. **Verkaufhaus Germania,** Unter
den Linden 21. Keine Mitalen. *

Waschbrett! **Wollschaf-
schafel** 3,00. **Dreilochschafel** 1, Gas-
braten 1, 6,00. **Waschapparat!**
Gasplättchen 1 **Spotbillig!** **Petroleum-
schafel** 1 **Wollschafel** 2,00. **Wollschafel,**
**Ballenstr. 32, (Beleuch-
tungshaus)** 6928*

**Entzückende Blusen, Kostümzüge,
Jodette,** aus guten Stoffen selbst-
gefertigt, verkauft, da keine Laden-
miete, zu auffallend billigen Preisen
Wittner, Drammstr. 4, I. 3555*

Kinderwagen, Kinderbetten,
Sportwagen, gebrauchte, zurückge-
führte, **Spotbillig!** **Schneider,** An-
fängerstr. 172. 2729*

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergleibe 10,00, mer Teilzahlung
samt oder nachweilt. Woche 1,00. Alle
Maschinen hoch in Zahlung. **Wollschafel,**
Bräun, Vorderstr. 50. 441*

Stabier, neues, verkauft billig
hoch, **Niedorf, Kaiser Friedrich-
str. 24.** 5545

**Ringschiffchen, Puddin, Schnell-
nager,** ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00, **Räderstr. 60/61,
Große Frankfurterstr. 43, Preys-
laustr. 59/60.**

Ein gangbares Geschäft und
Kolonialwarengeschäft **frankfurt** halber
zu verkaufen, **Meinstr. 13.** 458*

Monatsanzüge von 6,00 an,
Sommerpaletots von 5,00 an, **Holen**
von 1,50 an, **Gehrockanzüge** von
12,00 an, **Fracks** von 2,50 an, auch
für **herausgezeichnete Figuren.** **Neue Garde-
robe** zu **stimmend billigen Preisen,**
sowie aus **Wandlungen** verschiedene
Sachen. **Woh, Mulachstr. 14.** 4238*

Verstärke, 1,00, sprechen, stellen
lernen. **Dramenstr. 87.** 4078*

Praktisch verkauft **elegante Salon-
garnitur** 90,00, **Niederstr. 43, Ver-
kaufstr. 45,00, Büchel, Trammstr. 45,00,**
Hohlestr. 45,00, Stoves 3,00,
Wider, Tisch, Steppdecken 6,00, **Ver-
schiedenes.** **Rödenstr. 29 a I.**

Freitagen, billig, Schnelle, Große
Frankfurterstr. 13. 7168*

**Vertopftes Herren-Damenab-
blüten** zwei Kinderzüge, zu verkaufen.
Lang, Andrasstr. 25. 4295

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik **Ballstr. 80/81,** nahe **Spittel-
markt.** Infolge des großen Umsatzes
besuchen sich am Lager viele zurückge-
führte und verlebte **gewasene Möbel,**
die wie neu sind. **Niederstr. 43,
Vertilo** 27,00, **Nachstr. 16, Mügel-
bettstühle** mit **Bedermatze** von
Kleinfisen 36, **Taschensaja** 50, **Canee-
laja** 70, **Wahlstühle** 20, **Nebel-
bett** 25, **ganze Einrichtungen** billigst.
Trammstr. 17. 2120*

Kanarienvögel **Spotbillig!** **Schloß-
platz 2.** 229*

Gänge! Gänge! **Frühgeschicht,**
von 3 Mark an, zum Verkauf
**Eidenstr. 21, Diefelbernerstr. 9, Paul
Hof.** 2291*

Pianino, braunes, 150,00 (Ga-
ranthelgein), **Trammstr. 8,** pa-
terre. 223/17

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig
getragene **Konatsgarderobe** von 5
Mark an, **große Auswahl,** für jede
Figur, auch **neue, elegante, nicht ab-
geholte** **Wahlungen** **kauf** man am
billigsten aus erster Quelle **direkt**
beim **Schneidermeister** **Rechtbillig!**
Rosenstr. 15, III, kein
Raben! [253/5*

Galdrenner, moderner, eleganter,
sehr gut erhalten, **umständbewegen,**
jämliches **Jahres,** **sofort,** 40,00.
Große Frankfurterstr. 14, **Hof**
gerade. 441

Verschiedenes.

Schankgeschäft mit **Garten** und
Regelbahn zu verkaufen. **Reich, Ru-
dowerstr. 65.** 4121

Schlafstellen.

Zofort **Schlafstelle** **vermietet** **Damm,
Reinholdstr. 7, vorn.** 4326

Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren, **Wilmstr. 3, I, Quer-
gebäude I, Ecke.** 7886

Arbeitsmarkt.

Blinder **Stahlblech** **hilft** um
Arbeit. **Stühle** werden **abgeholt** und
zurückgeführt. **H. Güter, Mulach-
str. 27.** 1498*

Schmelzer, Volkshumorist. **Nach**
Uebnahme **ganzer** **Ensembles.**
Teilmehrstr. 57. 428*

Volkshumorist **Herrn** **Volge,** auch
mit **Gesellschaft,** **Rammstr. 4.** *

Volkshumorist **Läden,** **Ver-
langte** **Leistung** **8, Rummel-
str. 27.** 4142*

Ündrich, Humorist (auch mit **Ge-
sellschaft),** **Reinholdstr. 1a.** 417*

Stellengesuche.

Blinder **Stahlblech** **hilft** um
Arbeit. **Stühle** werden **abgeholt** und
zurückgeführt. **H. Güter, Mulach-
str. 27.** 1498*

Schmelzer, Volkshumorist. **Nach**
Uebnahme **ganzer** **Ensembles.**
Teilmehrstr. 57. 428*

Volkshumorist **Herrn** **Volge,** auch
mit **Gesellschaft,** **Rammstr. 4.** *

Volkshumorist **Läden,** **Ver-
langte** **Leistung** **8, Rummel-
str. 27.** 4142*

Ündrich, Humorist (auch mit **Ge-
sellschaft),** **Reinholdstr. 1a.** 417*

Stellenangebote.

Vauburden mit **guter** **Hand-
schrift** für **Kontor** einer **Maschinen-
fabrik** (Alten-Gesellschaft), **Nähe** **See-
str.** zum **sofortigen** **Eintritt** **ge-
sucht.** **Adressen** **unter** **A. 6** an die **Haupt-
Expedition** **dieses** **Blattes.** 3035*

Schloffer für **Konstruktion** und
Güterbau **verlangt** **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf **Konstruktion**
arbeit **bei** **hohem** **Lohn,** **Wahlstr.**
zum **Schloffen** **einsetzen.** **Schloffer**
verlangt **H. Hanne, Char-
lottenburg, Schillerstr. 97.** 2926

Schneider auf **Damenjackets**
außer **Haute** **verlangt** **Haupt,** **Kleine**
Andreasstr. 16. 4290*

Älteren **tüchtigen** **Maler** **ver-
langt** **Stumpfs** **Reformschulden**
Gesellschaft mit **beschränkter** **Zahlung.**
Rebungen: **Umbau** **Kaiserlicher,**
Laubstr. 40, bei **Lang.** 4278

Tüchtige **Schloffer,** welche **selbst-
ständig** **arbeiten,** auf

Berliner Nachrichten.

Die Prüfung der Wählerlisten.

die nun beendet ist, wurde diesmal von den Wählern in einem Umfang vorgenommen, wie bisher noch in keinem Jahre. Magistrate...

Am letzten Sonntag war, wie uns aus parteigenössischen Kreisen gemeldet wird, der Andrang ganz außerordentlich groß. Wer in der letzten Stunde kam, konnte erst nach langem...

Etwas mehr könnte aber doch auch der Magistrat den Wählern entgegenkommen, damit den Bewohnern der an der Peripherie gelegenen Arbeiterviertel die Prüfung der Wählerlisten ein...

Die Zahl der Einsprüche gegen die Wählerliste beläuft sich diesmal auf 300. Auch das ist sehr viel mehr als die in früheren Jahren üblich gewesene Zahl. Vermutlich wird auch diesmal wieder...

Bis zu den Stadtverordneten-Wahlen sind nun noch drei Monate. Auch für sie wird jeder Arbeiter es sich zur Pflicht machen, daß uns seine Stimmen verloren gehen darf. Die Agitation...

Die bürgerlichen Feinde der Arbeiterklasse, die gegen den Aufschwung der Sozialdemokratie sich wehrenden Freijünglingen samt den konkurrierenden Bürgerparteiern, Mittelstandsdirektoren und Konfessionen...

Wenn die Polizei einen Vermissten sucht, dann kann man doch immer wieder die wunderbarsten Dinge erleben. Ueber ein paar sehr schlimme Beispiele haben wir früher berichtet; die schlimmsten werden unseren Lesern noch in Erinnerung sein. Ein neuer Fall, der die Unfähigkeit unserer auf die Vermisstenuche gehenden Polizei...

Von dort aus war eine Frau mit ihrer 72jährigen Mutter nach der Alten Jakobstraße gegangen, um im Bureau einer Versicherungsgesellschaft eine Wohnung zu erlangen. Sie ließ die Mutter draussen warten, während sie selber drinnen abgefertigt wurde. Als sie wieder heraustrat, war die Mutter verschwunden. Die sofort angestellten eigenen Nachforschungen auf der Straße, die Anfragen bei Passanten, Drochsenführern, Schulgelehrten usw. blieben erfolglos. Weil vorauszuversetzen war, daß die schon etwa 5 schwachsinrige Greisin den Weg nach Hause nicht zurückfinden würde, so wurde unverzüglich das benachbarte Polizeibureau in der Alten Jakobstraße benachrichtigt. Zu Hause kam die Verschwindene in der Tat nicht an. Da sie auch im Laufe der nächsten anderthalb Stunden nicht eintraf, so erbat die Familie die Hilfe des Polizeibureau ihres Wohnbezirks, das in der Gneisenaustraße liegt. Der Beamte, der die Meldung über das Verschwinden der alten Frau anbot, erwiderte zunächst mit einer Bemerkung, die erkennen ließ, daß er Vermisstensuchen nicht zu den angenehmsten Aufgaben der Polizei rechnet. Dann notierte ein anderer Beamter das Nötigste aus den Personalien und schloß mit der Erklärung: „Die Sache wird besorgt werden.“

Wie sie besorgt worden ist und was von der Polizei unternommen worden ist, um die Frau aufzufinden, das entzieht sich unserer Kenntnis. Viel kann es vorerst wohl nicht gewesen sein; denn die bloßen Personalien sind kein ausreichendes Hilfsmittel, um in einer Großstadt eine vielleicht in den Straßen umherirrende Person zu entdecken. Es wird uns versichert, daß die Familie, die auf dem Bureau so und so oft nachfragte und auch selber noch an allen möglichen Orten suchte, erst am folgenden Morgen von der Polizei darüber befragt worden sei, wie die Vermisste gekleidet war, und erst am übernächsten Morgen soll eine Photographie eingefordert worden sein. An diesem Tage wurde dann das alte Wütterchen endlich aufgefunden und zwar in der Gegend der Oberbergerstraße. Eine fremde Frau soll die Umherirrende auf dem dortigen Polizeibureau abgeliefert haben. Die sofort benachrichtigte Familie war nicht wenig erleichtert über den heruntergelommenen Zustand, in dem die 72jährige Mutter sich befand. So sie die 48 Stunden zugebracht hatte, das ließ sich aus ihr nicht sicher herausbringen. Die Greisin scheint in ihrer Hilflosigkeit auch noch herab zu werden zu sein. Es fehlte ihr ein Cape, ein Schirm, ein Palet usw.

Auch uns gegenüber bleibt sie bei der Behauptung, daß sie Tag und Nacht immer unterwegs gewesen sei und nichts gegessen habe. Wenn das zutrifft, so ist es geradezu unbegreiflich, daß sie von keinem Polizisten bemerkt und angehalten worden ist. Man muß das alte Wütterchen, das jetzt das Bett hütet, um sich von den ausgestandenen Strapazen zu erholen, selber gesehen haben, wenn man eine richtige Vorstellung von der Ungeheuerlichkeit dieser Annahme empfangen will. Diese hilflose Gestalt sollte niemand aufpassen sein? Ob da wohl alle Polizeibureau rechtzeitig davon benachrichtigt worden wären, daß eine alte, schwache Frau von dem und dem Ausschauen vermisst werde und vermutlich in den Straßen umherirre?

Keine Aenderung der Drochsenführordnung. Vom Minister des Innern ist jetzt auf die Eingabe des Verbandes der Fuhrwerksbesitzer Berlins und der Umgebung betr. Aenderung der neuen Drochsenführordnung ein ablehnender Bescheid erfolgt. Gleich nach Inkrafttreten der neuen Fuhrordnung wurde seitens der Drochsenführer und Kutscher dagegen eine große Protestbewegung eingeleitet. Dem Polizeipräsidenten v. Porries wurde eine ausführlich begründete Eingabe überreicht, in der verschiedene Aenderungen, vor allem Aufhebung des Scheuklappenverbots und der strengen Fahrregelnbestimmungen verlangt wurden. In einer Unterredung mit dem

Fuhrerherren erklärte der Polizeipräsident, er könne die noch so neue Verordnung nicht gleich wieder ändern. Darauf wurde an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, der die Gutachten verschiedener Autoritäten gegen das Scheuklappenverbot beigelegt wurden. In der Antwort, die Minister v. Bethmann-Hollweg jetzt dem Vorsitzenden des Verbandes der Fuhrwerksbesitzer auf jene Eingabe zukommen ließ, wird das Verlangen der Drochseninteressenten abgelehnt. Der Minister sehe keinen Grund, eine Verordnung, die erst so kurze Zeit in Kraft sei, jetzt schon wieder zu ändern.

Die bevorstehende Eröffnung der Grünstraßen-Brücke macht eine Höherlegung der sämtlichen Zugangsstrecken (Grün-, Neue Grün-, Friedrichsgracht und Wallstraße) erforderlich, welche am Brückenkopfe zirka einen Meter beträgt. Die baulichen Verhältnisse gestatten aber eine Höherlegung der Bürgersteige der genannten Straßen nicht und so werden diese von den Fahrdämmen durch provisorische Holzbarrieren getrennt werden. Die Regulierungsarbeiten für die Fahrdämme sind am Montag in Angriff genommen worden, nach deren Fertigstellung voraussichtlich Mitte September die neue Brücke dem Verkehr übergeben werden wird.

Der Vorsitzende der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung teilt mit: „Die in dem Dienstgebäude des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung hier selbst, Lützowstraße 111, eingerichtete Anmeldestube bleibt auch während der Sommermonate geöffnet. Es werden nicht nur Berufungen und Anträge in allen Angelegenheiten der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung entgegengenommen, sondern es wird auch sachverständige Auskunft in allen Rentenangelegenheiten unentgeltlich erteilt. Die Anmeldestube ist jeden Dienstag und Freitag abend von 7-9 Uhr geöffnet.“

Ueber Kinderarbeit bei der Berliner Pafefahrt-Gesellschaft schreibt uns ein Leser unseres Blattes folgende Zeitschrift: „Am Dienstag mittag erhielt ich durch die Pafefahrt-Gesellschaft ein etwa 1/2 Zentner schweres Palet zugestellt, das mir ein schulpflichtiger Knabe überbrachte. Nach seinem Aussehen zu urteilen, glaubte ich ihn auf höchstens neun Jahre schätzen zu sollen, allein auf Befragen erklärte er, zehn Jahre alt zu sein. Er sei bereits über 1/2 Jahr bei der Pafefahrt angestellt und zwar für einen halben Tag. Jetzt trete er früh um 7 Uhr an, während der Schulzeit sei er nur nachmittags tätig und erhalte dafür pro Woche 3 Mark Entlohnung.“

Wir können kaum annehmen, daß der Gesellschaft die gesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern unbekannt sind. Bekanntlich dürfen im Verlehrsgerwerbe Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden, über zwölfjährige Kinder dagegen nur in der Zeit zwischen 8 Uhr abend und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht. Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden und während der von der zuständigen Behörde bestimmten Schulferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. Die verbotswidrige Beschäftigung fremder Kinder unterliegt einer Strafe von 2000 M. und im Falle gewohnheitsmäßiger Zuwiderhandlung einer solchen bis zu sechs Monaten Gefängnis. Da die Aufsicht über die Ausführung des Kinderchutzgesetzes der Gewerbeinspektion untersteht, so bekümmert sich diese vielleicht einmal um die von der Pafefahrt beliebte Kinderbeschäftigung.

Durch Entgleisung von vier Güterwagen eines Rangierzuges auf dem Bahnhalters Außenbahnhofe wurde gestern um 4 1/2 Uhr vormittags das Ferngleis Groß-Lichterfelde-Ost-Berlin an der Forststraße gesperrt. Der Verkehr wurde durch Einrichtung des einseitigen Betriebes aufrecht erhalten. Die Jäger erlitten geringfügige Verletzungen. Die Reisenden der aus Richtung Halle kommenden Rangenzüge wurden nach Bedarf während der Sperrung in Groß-Lichterfelde-Ost auf die Lichterfelder Vorortbahn übergeleitet. Das gesperrte Gleise war um 9 Uhr 40 Minuten vormittags wieder fahrbar. Der Betrieb ist regelmäßig. Ein anderer Unfall hatte sich bereits vorgestern abend auf demselben Bahnhofe ereignet. Der von München kommende D-Zug Nr. 39 fuhr mit zwei Lokomotiven auf dem Gleis 8 in die Halle des Bahnhalters ein, wobei die vordere Lokomotive Nr. 363 etwa fünf Meter weiter fuhr und auf den zwischen der Haltestelle und dem Presshof befindlichen Kies geriet. Nachdem die Reisenden den Zug verlassen hatten und die Wagen aus der Halle herausgezogen waren, sollten auch die beiden Lokomotiven folgen, doch glitten die beiden Vorderachsen der ersteren nach rechts vom Gleis herunter, so daß sie nur noch mit Binden auf das Gleis gebracht werden konnte. Wahrscheinlich ist von dem Führer der Lokomotive nicht rechtzeitig gebrannt worden, so daß die Lokomotive von den nachfolgenden Wagen geschoben wurde und dadurch auf den Kies geriet.

Inbetriebnahme des Teltowkanals. Der elektrische Betrieb des Teltowkanals wird schon im Laufe des Monats August aufgenommen werden. Zunächst wird probeweise der elektrische Schleusenbetrieb eingerichtet, um das Personal einzubüßen. Das Kraftwerk des Kanals ist nahezu fertig. Eine Dampfmaschine von 300 Pferdekraften ist vollständig montiert. Als wabenartige aller Anlagen erhält das Werk jetzt auch zwei Dampfmaschinen von je 850 Pferdekraften. Die Kessel sind betriebsfertig hergestellt. Schon in diesen Tagen kann zum ersten Male Strom vom Kraftwerk zur Schleufe geleitet werden. Dort sind die Antriebsmaschinen fertig. Sämtliche Gebäude sind dort ausgeführt. Der Schleusenmeister hat bereits seine Dienstwohnung bezogen. Ebenso ist der für den Schleusendienst, die Lagerung von Betriebsstoffen usw. bestimmte Mittelbau in Benutzung genommen. Der Saal ist bis auf Kleinigkeiten vollendet, ebenso die oberen Geschosse und der Dachraum mit den Wohnungen des Wirtes und der Bediensteten, sowie den Logierzimmern. Schleufe und Kraftwerk werden jedenfalls im August vollständig fertig. Die Gleise für die elektrischen Dreibein-Lokomotiven sind auf der ganzen Oststrecke von Berlin bis weislich von Bries auf beiden Seiten vollständig verlegt, ebenso die Oberleitung. Auf der Weststrecke sind die Schienen z. T. verlegt und die Masten aufgestellt. Die Weidenbauten gehen ihrer Vollendung entgegen. Unverwartet und einzig dastehende Schwierigkeiten bietet die Lichterfelder Strecke. Der Teltowkanal kann in Betrieb genommen werden, sobald die Eisenbahn den Rest der Gleise der Gölitzer Bahn verlegt hat. Der Prinz Friedrich Leopold-Kanal ist vollständig fertig.

Troy der Polizeipatronen. In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr wurde im Tiergarten auf der Bellevue-Allee in der Nähe des Rätthälkirkweges dem zwanzig Jahre alten Dienstmädchen Olga Jahn aus Charlottenburg aus einer Handtasche ein Portemonnaie mit zehn Mark Inhalt gewaltsam entwendet. Das Mädchen hatte mit einer Freundin in der Passage zwei junge Leute kennen gelernt, mit denen sie dann einen Spaziergang durch den Tiergarten unternahm. Hier hat der Begleiter der Jahn um ein Stück Papier, damit er sich ihre Adresse notieren könne. Als das Mädchen ihre Handtasche öffnete, ergriff der Mann das Geldbündchen und entfloß in Begleitung seines Kollegen durch das Gebüsch nach dem Goldschloß zu. Beide Männer waren gut gekleidet und standen in der Mitte der zwanziger Jahre.

Zu Tode geprügelt. Unter dem Verdacht, ihr dreijähriges Söhnchen Karl zu Tode geprügelt zu haben, wurde gestern vormittag die 20 jährige Ehefrau Martha des Gasarbeiters Bockhold aus der Dunderstraße 90 verhaftet. Die Frau war dem Kinde eine richtige Rabenmutter. Immer hatte sie etwas an ihm auszusetzen, und es verging kein Tag, an dem sie es nicht verprügelte, so daß es jämmerlich aussah. Sie wurde wiederholt von ihrem Manne, der mit großer Liebe an seinem Söhnchen hing, hierüber zur Rede gestellt, doch ließ sie von den Weisungen nichts ab. Vorgestern starb nun plötzlich das kleine Kind und die herrliche Mutter begab sich zu einem in der Nachbarschaft wohnenden Arzte, um diesen zu bitten, einen Totenschein auszustellen. Dieser weigerte sich indes, dies zu tun und beugte die Sache zur Anzeige. Die Leiche wurde hierauf

polizeilich beschlagnahmt und Frau B., wie eingangs erwähnt, verhaftet.

Großes Aufsehen erregt im Westen der Stadt der Selbstmord des Gastwirts Emil Jaedel, Culmstraße 27. J., der in jener Gegend allgemein bekannt war, lebte wohl finanziell in guten, geordneten Verhältnissen, dagegen war er seit einiger Zeit mit seiner Umgebung, besonders mit seiner Frau, in Zerwürfnisse geraten. Dienstag morgen holte J. von der Sparkasse 100 M. und machte sich noch einmal einen recht vergnügten Tag. Als er gegen abend nach Hause kam, geriet er dort mit seinen Leuten wieder in Auseinandersetzungen. Plötzlich verabschiedete sich J. von seinen im Lokale anwesenden Gästen, begab sich ins Hinterzimmer und wenige Sekunden später ertönte ein Schuß. Entsetzt eilte man hinzu, doch es war bereits zu spät. Entsetzt sah J. auf dem Sofa; er hatte sich eine Kugel in die Schläfe geschossen. Später fand man im Zimmer noch einen ganzen Karton mit Revolverkugeln. Ob der Restaurateur irgend welche weitere Absichten damit vor hatte, dürfte nicht mehr zu ermitteln sein. Die Leiche J.s, der erst im 30. Lebensjahre stand, wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

In London verhaftet. Der Kaufmann Samuel Hoffmann aus Berlin, der vor einiger Zeit nach Unterschlagung von 100 000 Mark von hier flüchtig geworden war und seitdem stiefmütterlich verfolgt wurde, ist in London verhaftet und von den dortigen Behörden ausgeliefert worden. Hoffmann, der aus Ungarn gebürtig und in Amerika naturalisiert ist, hat angeblich einen Leutnant Sch. aus Stendal um den Betrag von 100 000 Mark geschädigt, indem er einen von diesem ausgestellten Wechsel über 130 000 Mark diskontiert, von dem Erlöse aber nur 30 000 Mark an seinem Auftraggeber abgeführt hat. Hoffmann ist am Montag unter sicherer Begleitung an Bord des englischen Dampfers „Peregrine“ in Hamburg eingetroffen und wird demnächst dem Koabitier Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Bei seiner auf dem Stadthause in Hamburg erfolgten Vernehmung bestritt er entschieden, mit dem Gefangenen identisch zu sein.

Ein schwerer Banunfall ereignete sich Dienstag nachmittag auf dem Grundstücke Kottbuser Damm 23, woselbst sich früher ein Depot der Omnibusgesellschaft befand. Die Gebäude wurden zurzeit abgerissen und mit der Abfuhr der Schuttmassen war unter anderem auch der Kutscher Paul Briebe beauftragt. Er ging, die Fägel der Pferde in der Hand haltend, neben dem Wagen her, als die Pferde an der Ausfahrt des Grundstücks plötzlich kurz nach rechts hinüberbogen. B. wurde zwischen Wagen und Rauerpfiler geklemmt und erlitt schwere innere Verletzungen. In fast hoffnungslosem Zustande wurde er nach einem Krankenhaus übergeführt.

Vermisst wird seit einigen Tagen der pensionierte Feuerwehrmann Adolf Kerbach aus der Gleimstraße 60. Der 37 Jahre alte Mann war früher auf der Wache in der Oberbergerstraße angestellt und zog sich bei dem großen Brande der Ederingischen Fabrik eine Rauchvergiftung zu. Dieses Unglück wurde ihm doppelt verhängnisvoll. Mit 34 Mark den Monat pensioniert, begann er zu trinken. Die Folgen der Rauchvergiftung und der Alkoholgenuss zerrütteten seine Nerven so, daß er adnalm in einer Heilanstalt untergebracht werden mußte. Vor drei Jahren wurde er entmündigt. Die letzten Tage der vorigen Woche arbeitete Kerbach als Tischler. Am Sonntag abend kam er nicht nach Hause und seitdem ließ er auch nichts mehr von sich hören. Die Bemühungen seiner Frau und des Vormundes, seinen Aufenthalt zu ermitteln, blieben ohne Erfolg. Der Vermisste hat einen blonden Schnurr- und Spitzbart. Sein Kopfhaar ist an den Schläfen etwas ergraut. Der linke Arm ist mit der Zahl 50 tätowiert.

Erschossen hat sich der 32 Jahre alte Kaufmann Franz Kohfert, der aus Großhitz in Böhmen hierher kam, seit fünf Jahren in der Kommandantenstraße 49 ein möbliertes Zimmer bewohnt und seit drei Jahren bei Poppe u. Wirth in der Gertraudenstraße angestellt war. Kohfert lebte ganz regelmäßig und wird auch von den Geschäftsinhabern sehr gelobt. Am Montag erhielt er sein Monatsgehalt und kam zur rechten Zeit nach Hause. Als ihm gestern morgen seine Wirtin den Kaffee bringen wollte, lag er in seinem Zimmer entseelt auf dem Fußboden. Er hatte sich durch einen Schuß in den Mund getötet. Die Revolverkugel war am Hinterkopfe wieder herausgetreten. Der Tote hinterließ nur 20 Pfennige. In einem Abschiedsbrief an seine Wirtin deutet er an, daß Mittellosigkeit ihn zum Selbstmord veranlaßte. Er besaß eine große Bibliothek und scheint durch seine Bücherliebhaberei in Schulden geraten zu sein.

Mit Blausäure vergiftet hat sich der 33 Jahre alte Tierarzt Johann Bremelan aus der Warfhauserstraße 82. Der Verstorbene war der Sohn eines Pastors aus Stettin und erst seit einem Vierteljahre verheiratet mit der Tochter eines hiesigen Inspektors. Als am Dienstagnachmittag seine Frau ausgegangen war, fand ihn das Dienstmädchen um 6 Uhr bewußtlos auf dem Sofa liegen. Ein Arzt, unter dessen Händen er starb, stellte Vergiftung fest. Auf dem Tische stand eine Flasche, die noch einen Rest von Blausäure enthielt. Als Grund zu dem Selbstmord wird Nervenkrankheit angegeben. Bremelan soll sich in einer ausgedehnten Praxis überarbeitet haben.

Saisondiebereien. Unter den Spezialisten im Diebesfach treiben gegenwärtig die Dieb- und Gemüsediebe ihr gefährliches Handwerk in besonders ausgehntem Maße. Den Gärtnereibesitzern und Laubepächtern bereiten diese Sommerfaisondiebe in diesem Jahre außerordentlich große Schäden. Nur zu oft kommt es leider vor, daß Laubepächter, die noch am Tage vorher im Schweiße ihres Angesichts auf ihrem Lande gearbeitet haben, am nächsten Morgen kaum noch einen Salatkopf vorfinden. Ueber Nacht ist alles gestohlen und ausgeplündert worden. Aus vielen Laubepächtern laufen gerade in den letzten Tagen lebhaft Klagen über derartige Diebstähle ein. Besonders schwer heimge sucht werden die Kolonisten in Nixdorf, Schöneberg und Tempelhof. Durch die reichlichen Regengüsse ist der Obst- und Gemüsestand ein selten guter. Dies wissen die Diebe sehr wohl und so suchen sie die „günstige Konjunktur“ auszunützen. Nur in den wenigsten Fällen gelingt es, die Spitzbuben, unter denen auch das weibliche Geschlecht recht stark vertreten ist, bei der „Arbeit“ zu überraschen und unschädlich zu machen.

Gesperrt. Das Tiergarten-Ufer von der Lichtenstein-Brücke bis Berlinerstraße ist behufs Verlegung von Vorkesseln und Neubeschüttung der Chausseedecke vom 1. August d. J. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Ein gewaltiger Fabrikanbrand, der sehr bedeutenden Schaden verursachte, kam in der Nacht zum Mittwoch in der Adalbertstraße 53 zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr mehrere Stunden. Auf dem Hinterlande des Grundstücks erhebt sich ein vierstöckiges Fabrikgebäude der Kampenfabrik und Kunstgießerei von Ernst Winkler. Gegen Mitternacht wurde nun vom Nachbarkaufhaus Nr. 53 aus bemerkt, daß im dritten Stock, in der Schleiferei der Fabrik, helle Flammen emporloderten und im nächsten Augenblick flogen auch schon die großen Fenster Scheiben auf den Hof. Mit unheimlicher Schnelligkeit griff nun das Feuer um sich, sodas bei Anknunft der sofort alarmierten Feuerwehr nicht nur der gesamte dritte Stock brannte, sondern die Flammen bereits durch den Jahrestuhlschacht auch nach dem vierten Stock, in dem sich die Galvanisierräume befinden, übergegrungen waren. Trotdem sofort mehrere Schlauchleitungen in Tätigkeit traten und von verschiedenen Seiten aus über Treppen und eine mechanische Leiter hinweg vorgegangen wurde, konnte doch nicht verhindert werden, daß auch noch die Dachräume, in denen Tausende von fertigen Lampen in Regalen lagerten, vom Feuer erfaßt wurden. Fast zwei Stunden währte der Kampf mit dem Element und hatten dabei die Feuer männer stark unter der Hitze zu leiden. Diese war derart, daß die fast 20 Zoll starken eisernen

Träger sich sprengartig bogen und die in den Regalen aufgeschichteten metallenen Lampenteile schmolzen. Wertvolle Maschinen sind total vernichtet worden und da auch etwa ein Dutzend galvanische Zellen und Lampen unbrauchbar wurden, so ist der entstandene Schaden ganz enorm. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist nichts ermittelt.

Durch die Feuerwehre vom Ersticken gerettet. Große Aufregung herrschte Dienstagabend in dem Hause Hasenheide 52/53. Auf dem Hofe dieses umfangreichen Gebäudes befindet sich die Badeanstalt „Hasenheide“. Gegen 10 Uhr drang nun plötzlich aus dem Kesselhaube der Ausfall verdrängter Rauch und da dieser immer mehr zunahm, begab sich der Portier des Hauses, der 30jährige Invalide Eduard Below, in den Kesselraum, um nach der Ursache der Verqualmung zu forschen. Sein Hineingehen war von einem Mädchen beobachtet worden und da er trotz langem Warten nicht wieder heraustrat, der Rauch aber auch nicht nachließ, so schlug es Alarm. Bald war nun auch die Feuerwehr alarmiert. Diese drang sofort nach dem Kesselhaube vor und fand den Portier bei wuchtiger Last am Boden liegen. Sie schaffte ihn ins Freie und nachdem sie ihn dort ins Leben zurückgerufen hatte, nach dem Krankenhaus am Urban, wo er schwerkrank daniederliegt. Die Widerstandsfähigkeit des Bedauernswerten gegen den Rauch war um so geringer, da er bereits früher einmal an Rauchvergiftung gelitten hat. Die Ursache der Verqualmung wurde darin gefunden, daß die schwüle Abendluft den Rauch im Schornstein niederdrückte.

Theater. Am Dienstag präsentierte sich in der Dresdenerstraße „Amor in New York“ als Komödie. Es handelt sich dabei um eine der üblichen „Ausstattungs“-Possen: viel Plöcker, kurze Köpfe, viel Tanz und einiges Gesänge sowie wenig Witz unter möglichst Abwesenheit von Zusammenhang und Inhalt der vorgeblichen Geschichte. Was unter den Umständen aus der Burleske zu machen war, ist dem Ensemble, dem Direktor Braumann, dem Balletmeister und dem Dirigenten zu danken. In der Inhaltlosigkeit und Nichtigkeit der ganzen Darbietung standen die Vorkämpfer und Applausstürme eines wohlwollenden Publikums in dem bekannten umgekehrten Verhältnis.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater hat am Montag seine Tore wieder geöffnet. Der Beginn der Spielzeit war zugleich das Jubiläum der 100. Aufführung der Komödie „Die Meyerhains“. Viele unserer „schaffenden“ Autoren sollen ob dieser Lebenskraft der Meyerhains mit Recht erfüllt sein. Die neudeutschen Komödienmacher unter ihnen werden sich mit der Selbstbetörung zu trösten versuchen, daß wahre Kunst — das sind ihre Werte — noch immer nicht das nötige Verständnis und die gewünschten Kassenerfolge findet. So wenig nun die Herrnsfeldsche Pflanz in den „Meyerhains“ eine Komödie geschaffen haben, so wenig haben aber auch die Komödien, die uns in den letzten Jahren auf „besseren“ Bühnen besichtigt wurden, auf diesen Titel Anspruch. Auch sie waren wie „Die Meyerhains“ in den weitaus meisten Fällen nur Posen, die sich aber verhämt und unverschämte als literarische Werte ausgeben. Die Meyerhains entwickeln, verwideln, verbeiden, verleben und verloben sich in obligater Weise, stehen aber dennoch genau so hoch oder so niedrig wie diese in die Literatur eingeschmuggelten Komödien, vielleicht sind sie sogar weniger langweilig. Auch das Spiel im Herrnsfeld-Theater an diesem Abend braucht einen Vergleich mit den Leistungen bedeutenderer Bühnen nicht zu scheuen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Durch Säbelhiebe schwer verletzt wurde in der Nacht zum Dienstag der Tischler M. aus der Hermannstraße. Er hatte in der Rammierstraße ein Ehepaar misshandelt. Ein Schuttmann eilte herbei, um ihn zu fesseln. Der Tischler soll nun den Beamten sofort mit der Faust geschlagen und versucht haben, ihm den Säbel zu entreißen. Der Schuttmann hieb den Angreifer über den Kopf, so daß M. zu Boden stürzte. Er rief aber im Fallen seinen Gegner mit sich zur Erde. Nun kamen andere Leute herbeigeläufen. Ein Schlosser K. und eine Witwe G. entreißen den blutüberströmten M. dem Schuttmann. M. soll nun wieder sofort den Polizeibeamten angegriffen haben. Dieser verlor ihm einen zweiten Säbelhieb über den Kopf. Inzwischen waren auf den Lärm zwei weitere Schutzleute herbeigelaufen, mit deren Hilfe M. sowie der Schlosser K. und die Witwe G. festgenommen wurden. Der schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich verwundete M. wurde nach der Unfallstation XII gebracht.

Schöneberg.

Aus den städtischen Monatsberichten ergibt sich, daß die Einwohnerzahl im Monat Juni gegenüber Mai um 122 Personen zurückgegangen ist; sie betrug insgesamt Anfang Juli 182 562.

Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im Vormonat 258 (244). Eheschließungen sind 76 (82) zu verzeichnen. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 116 (124). An Infektionskrankheiten starben 17 (23), davon an Lungenschwindsucht 11 (9). Im Alter bis zu einem Jahre starben im ganzen 42, das ist 36,42 Proz. aller Sterbefälle des Vormonats (im Vormonat 38 — 30,65 Proz.).

An Baugenehmigungen für Wohnhäuser wurden 7 (23) erteilt. Gebrauchsfertig wurden 5 Neubauten. Der Ueberbau des Zuganges über den Abgang der Wohnungen belief sich auf 2 nur aus Küche und Baden bestehend, 17 mit einem Zimmer, 37 mit zwei, 17 mit drei, 16 mit vier, 16 mit fünf und 8 mit sechs Zimmern, zusammen auf 118 (im Vormonat 120) Wohnungen. Der Mangel an kleinen Wohnungen, der sich wiederum recht fühlbar gemacht hat, ergibt sich zum Teil aus der geringen Zahl der in dem letzten Vierteljahr fertiggestellten Neubauten. Die Preise der kleinen Wohnungen haben sich dem auch in enormer Höhe gehalten, was besonders in dem neueröffneten Teile der „Insel“ am sogenannten Königsberg zu bemerken war. — Der Grundstückswechsel belief sich auf neun bebauten und sechs unbebauten Grundstücke.

Die von der Armenkasse ausgehenden Unterstützungen betrugen 12 677 M. (im Mai 12 808 M.); diese Summe bezogen insgesamt 913 Personen (280 männliche, 633 weibliche).

Die Desinfektion wurde in 31 Fällen in Anspruch genommen, davon waren 15 unentgeltlich. — Die Rettungswache in der Kollendorferstraße wurde 94 mal und die Inflation in der Seebertstraße 203 mal in Anspruch genommen. Behandelt wurden 217 Männer, 54 Frauen und 26 Kinder. Die meisten Fälle (244) betrafen Verletzungen.

Dem Gewerbegericht lagen im Juni 76 Streitigkeiten vor, wovon nur 37 erledigt wurden; auf den folgenden Monat übernommen wurden somit 39 Fälle.

Köpenick.

Selbstmord aus Gram über den Tod des Ehemannes. Die 60 Jahre alte Wollentierhändlerin Lucie G. aus der Rieperstraße in Köpenick fühlte sich seit dem Tode ihres Mannes stets einsam und verlassen. Die Sehnsucht nach dem verstorbenen Lebensgefährten machte sich von Tag zu Tag bei der alten Frau fühlbarer. Gestern mittag schickte sie ein kleines Mädchen nach der Drogerie und ließ sich für 50 Pf. Lyfol holen. Die Greisin öffnete dann sämtliche Türen und Fenster ihrer Wohnräume, legte sich aufs Bett und trank das Lyfol. Bekannte fanden die Bedauernswerte in besinnungslosem Zustande vor. Zwei Ärzte, die sofort hinzugerufen wurden, vermochten die Greisin nicht mehr zu retten. Das Gift hatte bereits Schlund und Eingeweide zerfressen. Die Frau verschied unter entsetzlichen Qualen.

Treptow-Daumshulentweg.

Ueber ungläubliche Zustände klagen die Bewohner der Lohmühlenstraße. Die Kanalisation ist hier erst im Bau begriffen. Die Ab-

wässer aus den Ställen und den Aborten sammeln sich in Gräben und müssen abgefahren werden. Um nun das Geld für das Abfahren zu sparen, sind die Besitzer einiger Grundstücke skrupellos genug, die Gräben in den vorbeifahrenden Landwehrkanal entleeren zu lassen. Sind die dabei entstehenden Gerüche für die Bewohner der Hinterhäuser schon unerträglich, so wird diese Handlungsweise aber zu einer Gefahr für die öffentliche Gesundheit. In der Nähe der Entleerungsstelle befindet sich eine Badeanstalt. Die Besucher derselben wissen gewiß nicht, welcher Gefahr sie dadurch ausgesetzt sind, daß dem „Badewasser“ solche Flüssigkeiten zugeführt werden. Die Sache ist der Behörde schon bekannt; es sind auch schon Strafen ergangen. Zweifellos war es aber für die Herren Grundbesitzer rentabler, die niedrigen Strafen zu zahlen, als die Kosten für Fußlohn.

Zegei.

Durch fortgesetzte Erpressungen in den Tod getrieben ist der Gastwirt Ernst Döring in Jörnsfelde bei Zegei. Döring hatte sich vor einigen Jahren mit einem Hausdiener im Kauf in einer Weise eingelassen, die nach § 175 St.-G.-B. bestraft wird. Der junge Burche verstand es, Herrn Döring zu seiner ständigen Geldquelle zu machen. Nach und nach zahlte D. an den gemeinen Erpresser mehrere hundert Mark. Schließlich wurde D. in seinem Lokal in Jörnsfelde mit einem noch Banned bekannt, der ihm versprach, Abhilfe zu verschaffen. Nach einigen Tagen machte ihn Banned mit einem Baron v. Eickstedt bekannt, der ihm Hilfe versprach. Tatsächlich zeigte der angebliche Baron nach einigen Tagen einen Brief des jungen Erpressers vor, in welchem er erklärte, von Döring kein Geld mehr zu verlangen. Durch die Bekanntschaft mit dem angeblichen Baron v. Eickstedt, der in Wirklichkeit der bereits im Jahre 1901 wegen Erpressung mit 2 Jahren Gefängnis vorbestrafter Artist und Damenschneider Ernst Wolffgramm war, wurde Döring nunmehr gänzlich ins Verderben gestürzt. Der „Herr Baron“ ließ bald seine Maske fallen und zeigte sich dem Döring gegenüber als einer der unverschämtesten Erpresser. Nachdem er sich schon eine Woche nach seiner Bekanntschaft mit D. von diesem hatte 900 M. geben lassen, zog Wolffgramm eine immer fester werdende Schlinge um den Hals des unglücklichen Döring. Er zahlte an den „Baron“ Summen von mehreren tausend Mark. In der höchsten Verzweiflung äußerte sich D. einmal zu einem Zigarrenhändler E., er solle ihm doch einen Revolver borgen, damit er einen gemeinen Erpresser und dann sich selbst erschießen könne. E. ging etwas näher auf dieses sonderbare Ansuchen ein und erfuhr nun den ganzen Sachverhalt von Döring. Dieser sagte hierbei, er glaube, es sei besser für ihn, „er fahre ab“. Von Seiten des E. wurde der Kriminalpolizei Mitteilung gemacht, doch es war bereits zu spät. Am 21. Mai d. J. war Wolffgramm wieder bei Döring erschienen und hatte unter Drohungen, er werde den früheren strafbaren Verleher des D. in die Öffentlichkeit und zur Kenntnis der Polizei bringen, 2000 M. erpreßt. Dies nahm sich Döring demütig zu Herzen, daß er in der Verzweiflung Hand an sich legte. Mittlerweile war der gemeine Erpresser auf die Anzeige des E. hin verhaftet worden. Als Döring vernommen werden sollte, konnte der Sohn nur mitteilen, daß sein Vater kurze Zeit vorher ein Opfer der Erpresser geworden war und sich erhängt hatte. — Der Strafkammer Sa wurde der 23jährige Wolffgramm gestern aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt, um sich wegen Erpressung und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die höchst traurigen Folgen, welche das schändliche und gemeine Erpressertreiben des Angeklagten gehabt hat, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wilmerdorf.

Einen schwierigen Brandherd hatte gestern die Wilmerdorfer Feuerwehr in der Sildegardstr. 30 zu bewältigen. Dort war in einer Säuerstofffabrik der Verluh- und Maschinenraum in Brand geraten. Hauptächlich hatte sich das Feuer auf die Isolierwände ausgebreitet, und es gestalteten sich hier die Löscharbeiten außerordentlich schwierig. Erst nach mehr als dreistündiger angestrengter Tätigkeit gelang es der Feuerwehr, des Brandes Herr zu werden.

Königs-Wusterhausen.

Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Dienstag in der Kantine der Schwarzkopffischen Maschinenfabrik zu Wildau verübt. Die Diebe entwendeten hier mehrere Kisten guter Zigarren sowie einige Flaschen Wein. Dann begaben sie sich durch ein offenes Klotzfenster in die auf demselben Hofe liegenden Kontorräume, öffneten mittels Nachschlüssel die Tür zum Lohnbureau und erbrachen mehrere Kulte, wobei ihnen circa 20 M. Wechselgeld in die Hände fiel. Von den Dieben selbst bis jetzt jede Spur.

Zwei Automobilsfälle sind heute aus den Berliner Vororten zu melden. Hinter französisch-Buchholz bei Schwanebed wurde des Nachts zwischen 11 und 12 Uhr ein bei dem Gemeindevorsteher Vredereke beschäftigter Arbeiter von einem nach Berlin fahrenden Automobil überfahren und getötet. Der Fahrer des Kraftfahrzeuges soll keine Schuld treffen, er fuhr vorsichtig. Es scheint in diesem Falle ein Selbstmord nicht ausgeschlossen, die eingeleitete Untersuchung dürfte jedoch erst darüber Klarheit schaffen, ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt. — Der zweite Unfall ereignete sich in Vichtenberg auf der Frankfurter Chaussee. Von Hoppegarten her kam ein Automobil in ziemlich starkem Tempo gefahren. Ein zehnähriger Knabe wollte beim Herannahen des Wagens noch schnell über die Straße laufen, wurde aber von dem Fahrzeug erfasst und überfahren. Er erlitt einen Oberflächenschnitt und leichtere Verletzungen am Kopfe. Der Automobilfahrer hielt sofort an und brachte den verunglückten Knaben, nachdem erste ärztliche Hilfe ihm zu teil geworden war, nach dem Nummersburger Krankenhaus.

Vermischtes.

Das sind des Zaren ergebene Knechte. Aus Stalmitz hoo wird gemeldet, daß gestern zwischen 9 und 10 Uhr ein etwa dreizehnjähriges Mädchen von einem russischen Grenzposten auf preussischem Gebiete erschossen wurde. Das Mädchen, die Tochter eines Knechtes, war mit Weizenleim beschäftigt. Derartige Morde russischer Ordnungshüter auf preussischem Gebiete gehören nicht mehr zu den Seltenheiten. Der „erbfreundliche“ Kosak kann von Glück reden, daß er nicht etwa versucht hatte, sozialistische Literatur von Preußen nach Rußland zu tragen, dann würde er die ganze Nacht des preussischen Staates spüren.

Aus Scham in den Tod gegangen. Dem „Jenaer Volksblatt“ wird aus Weimar vom 1. August berichtet: Am Sonntag waren zwei junge Mädchen aus der hiesigen Umgegend nach Jena gefahren. Dort gerieten sie in die Gesellschaft von Studenten, welche die Mädchen verleitet, mit in deren Wohnung zu gehen. Die Polizei stürzte das Beisammensein. Vergehend vor Scham kehrten die 17 und 18 Jahre alten Mädchen nach hier zurück, nachdem die Polizei durch telephonische Vermittlung deren Verlonollen festgestellt und sie entlassen hatte. In verzweiflungsvoller Stimmung sprangen beide Mädchen bei Oberweimar in die Elbe. Herbeieilende Personen vermochten nur eins der Mädchen aus dem Wasser herauszuziehen; das andere konnte erst heute morgen als Leiche geborgen werden. Die Gerettete liegt jetzt schwer krank in hochgradigem Fieber zu Hause.

Eine blutige Familienragade spielte sich gestern Abend in der Schwelinger Vorstadt in Rannheim ab. Ein von seiner Frau getrennt lebender Fabrikarbeiter marste auf diese und versuchte sie zu überreden, wieder zu ihm zurückzukehren. Als die Frau dies Ansuchen ablehnte, feuerte der Mann drei Revolverschüsse auf sie ab und jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Die Verletzungen bei beiden sind lebensgefährlich.

Durch Elektrizität getötet. Plauen i. Vogtl. Im hiesigen städtischen Elektrizitätswerk wurde heute, wie die „Vogl. Zig.“ meldet, der 37jährige Arbeiter Hugmann durch den elektrischen

Strom getötet. Er arbeitete im Hochspannungsraum und ist jedenfalls elektrischen Leitungen zu nahe gekommen.

Explosion. Karlsruhe, 2. August. Heute nachmittag eignete sich in der Brauerei und Spirituosenfabrik vorm. G. Ein in Grünwinkel eine Explosion, bei der ein Arbeiter getötet, 26 schwer und mehrere leichter verletzt wurden.

Fromme Unglückschaffner. Vor der 6. Strafkammer des Dresdener Landgerichts fand gestern ein interessanter Prozeß gegen den Inhaber der Pfälzischen Buchhandlung, Adolf Sühmann wegen Auslegung und Verbreitung unzüchtiger Schriften statt. Das Verfahren breitet mit der kostenlosen Freisprechung des Angeklagten. Es handelte sich dabei um nach der Natur gezeichnete weibliche Aktstudien, die seit Jahren im allgemeinen deutschen Buchhandel und besonders auch in Dresdener Buch- und Kunsthandlungen ohne jeden Anstand verkauft worden sind, da sie durchaus künstlerisch ausgeführt sind und mit dem Begriff Unzucht für ein normales Auge nicht das geringste zu tun haben. Die Studien sind in dem Schaufenster der betreffenden Buchhandlung 4 Jahre an auffälliger Stelle ausgestellt gewesen, ohne den geringsten Anstoß zu erregen, bis jetzt plötzlich irgend ein frommer Beschauer sein Schamgefühl dadurch verletzt fühlte, und den Buchhändler der Staatsanwaltschaft denunzierte, der nunmehr das Gerichtsverfahren wegen Verstoß gegen § 187 des Strafgesetzbuches über sich ergehen lassen mußte, dessen Haltlosigkeit nicht besser darzulegen werden konnte, als durch das Urteil des Gerichts und die kostenlose Freisprechung des Angeklagten. Derartige Verfahren ohne eine Begründung, die sich in letzter Zeit in Dresden außerordentlich häufen, sind charakteristisch für den ganzen kultur- und kunstfeindlichen reaktionären Geist, der zurzeit herrscht, und der sich lähmend auf jede freie Entwicklung legt. Unter diesem Gesichtspunkte sei auch diese Verhandlung hier als ein Zeichen der Zeit noch besonders registriert.

Durch Hochwasser bedrängt wurden in den letzten Tagen die Bewohner der Ruteniederung. Infolge heftiger Regengüsse im Fläming stieg das Wasser rapid und setzte viele Gehöfte unter Wasser. Die Schlingen beim Kottawes-Neuendorfer Stau mußten schleunigst gezogen werden.

Die Ursache der in Posen herrschenden Typhusepidemie ist, wie das „Posener Tageblatt“ meldet, darin zu suchen, daß an einem der ersten Tage des Juli in die hiesige Wasserleitung, deren Wasser als Trinkwasser benutzt wird, Warzibowasser gepumpt worden ist. Es sind umfangreiche Maßnahmen getroffen, um der Krankheit zu steuern, welche, wie angenommen wird, ihren Höhepunkt bereits überschritten hat.

Typhusverkrankungen. Dillenburg, 2. August. In Herford-Seelbach sind über dreißig Personen an Typhus erkrankt. Vier Brunnen wurden behördlich geschlossen.

Greifswald. Sudapest, 2. August. In der Stadt Varsfeld wurden heute durch eine Feuersbrunst 142 Häuser zerstört.

Der Junge muß Minister werden. Aus London wird geschrieben: Wilhelm II. Stiefel zu pugen ist das Ziel, das sich der Ehrgeiz eines Knaben namens Frederik Racl, der aus San Franzisko hier eingetroffen ist, gesetzt hat. Vor einem Jahre wanderte er mit fünf Genossen in der Tasche von San Franzisko zunächst nach Washington, um dort dem Präsidenten Roosevelt die Stiefel zu pugen. Unterewegs tat er das gleiche allen irgendwie hervorragenden Persönlichkeiten, an die er herantrat, worüber er sich Bescheinigungen ausstellen ließ. Auf diese Weise war er in Washington schon berühmt, als er dort eintraf, und Präsident Roosevelt ließ sich ebenfalls seine Dienste gefallen, worauf er Racl obendrein durch einen Händedruck beglückte. Dann machte Racl sich auf den Weg nach Europa. Die Schiffspassage arbeitete er als Stiefelpuger ab. Jetzt will er in London König Eduard VII. die Stiefel pugen, und dann soll es weiter gehen nach Berlin, um dort dem Kaiser die gleiche Dienstleistung zu erweisen.

Das gelbe Fieber in New Orleans. Weitere sechs Todesfälle am gelben Fieber und 42 Erkrankungen sind in New Orleans festgestellt. Die Quarantäneboote des Staates Mississippi haben 18 Fischerboote vom Staat Louisiana aufgebracht, die Versegelungen auf Ship Island eingesperrt und die Boote mit Beschlag belegt. Der Zollkaiser der Vereinigten Staaten Clash wird von den Leuten in Louisiana bedroht, die behaupten, daß seine Patrouillen das Louisianagebiet betreten hätten.

Die Affäre Braunstein ist beendet. Der praktische Arzt Dr. med. Jwan Braunstein ist zur Verbüßung seiner siebenjährigen Zuchthausstrafe in das Zuchthaus zu Plassenburg eingeliefert worden. Die kürzliche Meldung, daß gegen Dr. Braunstein eine neuerliche Untersuchung wegen Betruges anhängig sei, bestätigt sich nicht.

Zum Meinelbprozeß Krafft. In der Strafsache gegen die Ehefrau des Fabrikanten Paul Krafft in Lemgo, deren Revision kürzlich vom Reichsgericht verworfen wurde, hat die Verteidigung einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und auf vorläufigen Ausbruch der Strafbefreiung beim Landgericht Detmold eingereicht. Der Antrag gründet sich auf verschiedene, nach Beendigung der Schwurgerichtsverhandlung am 8. April d. J. bei mehreren Stellen eingelaufene neue anonyme Zuschriften, die dieselben Schriftzüge tragen sollen wie die bekannten Briefe, auf Grund deren Frau Krafft zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Eisenbahnunfall. Unlückige Meldung. Dienstag Abend gegen 10 Uhr fuhr der Güterzug Nr. 1246 auf dem Bahgeleis Uebach-Saarbrücken bei Kilometer 105 auf den vor dem Einfahrtssignal liegenden Güterzug Nr. 1238. Bei dem Unfall wurde ein Lokomotivführer schwer, aber nicht lebensgefährlich und zwei Beamte leicht verletzt. Der Tender der auffahrenden Lokomotive und 23 Wagen sind entgleist. Die Ursache des Zusammenstoßes ist unrichtige Zugabmeldung.

Kleine vermischte Nachrichten. Mailand. In Rogero wurde durch einen Verstoß ein Haus mit 12 Personen verschüttet. Bisher wurden zwei Leichen geborgen. — Znsbruck. Ein furchtbares Unwetter richtete in Aibühel großen Schaden an. Der Witz schlug in einen Personenzug der Studaitalbahn, ohne jedoch jemand zu verletzen. — Der Douaniernehmer Wader aus Oberösterreich ist in der Schlucht Wandenberger Höhe abgestürzt und blieb tot. — Budapest. Infolge unreinen Trinkwassers erkrankten auf der Margaretheninsel mehrere Personen an Typhus.

Briefkasten der Redaktion.

A. M. Brangelstr. 119. Bitte um Ihren Besuch. — Kolonienfrage. (Ueberflüssige Beile.) Die Charlottenburger Feuerwehr ist seit dem 6. Juni 1880 Berufsfeuerwehr. Sie hat seit ihrem Bestehen reich Lohnsumme gehabt und hat sie augenblicklich noch. — G. P. Reln. — G. P. J.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

M. Ober-Schönweide. § 32 Abs. 2 der Reichsordnung: als einziger Ernährer Halbschuldiger zurückgestellt. — S. S. Ja. — G. G. Tiffent. 1. Dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, werden Sie zunächst schriftlich Ihre Austrittserklärung ein. Innerhalb 4-6 Wochen nach Eingang Ihres Schriftstückes haben Sie dann (ohne Vorladung erhalten zu haben) auf dem Amtsgericht mündlich Ihre Austrittserklärung zu protokollieren zu geben. Jede Person kann nur für sich (also der Ehefrau nicht für die Ehefrau) den Austritt erklären. Formulare zum Austritt aus der Landesliste erhalten Sie in der Buchhandlung von Hoffmann, Blumenstraße 14. 2. Auch Dissidenten haben zu schwören. 3. Die Schwöser brauchen keineswegs ein „von“ zu tragen. — W. W. W. 10. Reim. — W. G. 10. Ja; die Karten können Sie noch bringen. Verlorene, unbrauchbar gemordene oder gerödete Qualifikationskarten sind durch neue zu ersetzen. Den Antrag richten Sie an die Ortspolizeibehörde. — G. R. 76. Sind Sie Verwalter mit festem Gehalt (nicht Honorar), so ist Ihre Kündigungspflicht die höchstzulässige; spätestens am 19. August ist zum 1. Oktober zu kündigen. Sonst ist die 6-monatige Kündigungsfrist die vereinbarte Kündigungsfrist. Das Gemeindericht ist zuständig.